



land systematisch vorgehen. Dieser Anlauf des internationalen Status ist sich der Tragweite der „Räuber Geheimpläne“, hinter der die Generalität der baltischen Randstaaten, vor allem aber englische und französische Kräfte, stehen, vollkommen bewußt und unterteilt die russischen Deutungen dieser Militärkonzeption als wahr. Dies Blatt schließt seinen Aufsatz mit dem Ruf aus:

„So scheinen also im allgemeinen europäischen Osten die Ereignisse zu einer großen Kraftprobe sozialpolitischer Auseinandersetzungen heranzureifen. Die militärische Konzeption in Riga war in dieser Hinsicht ein bemerkenswertes Symptom, ein Symptom, das auch für Deutschland von höchstem Interesse ist.“

Wir haben im „Klassenkampf“ im Zusammenhang mit dem „Metha“-Prozess auf die Hege des „Korridor“ gegen Sowjet-Rußland hingewiesen und auf den außenpolitischen Artikel Nadi Srejschels aufmerksam gemacht, in dem er der Deutschen Regierung riet, auf die mutlose „platonische Freundschaft“ mit Sowjet-Rußland zu verzichten und sich dem Kriegszustand des Westens anzuschließen. Das zeigt ganz deutlich, daß auch die deutsche Sozialdemokratie gewillt ist, diese Einseitigkeit mitzumachen, daß die deutsche Sozialdemokratie genau so wie 1914 nicht nur in den Krieg hineinküchelt, sondern als staatsrechtlich Partei, einen Schritt weitergehend, diesmal auch für die intellektuelle Urheberin eines schändlichen gegen Sowjet-Rußland mit verantwortlich zu machen ist.

Das Hindenburg-Programm der Demarierung Deutschlands und der Vordringlichkeit gegen Sowjet-Rußland ist identisch mit dem Programm der deutschen Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie, die heute aus einer gewissen Begeisterung heraus, noch eine Zeitlang Opposition gegen Hindenburg mimen wird, wird bald vor der „Genialität eines Hindenburg“ auf dem Saum liegen.

Die deutsche Arbeiterklasse hat allen Grund, diese Ereignisse genau zu verfolgen. Aber sie darf nicht nur die Ereignisse verfolgen, sie muß gleichzeitig einen Weg der Abwehr finden gegen diesen neuen Krieg. Es darf nicht wieder vorkommen, daß nur die ausgeklärtesten Arbeiter Deutschlands die Zusammenhänge erkennen und dagegen ankämpfen, wie es 1914 geschehen ist, sondern die ganze Arbeiterklasse muß diese Gefahr erkennen lernen, damit sie imstande ist, diese Gefahr abzuwehren. Das ist nur dadurch möglich, daß die zum Front des kämpfenden Proletariats sich vereinen und so groß und stark wird, daß an ihrem Volkswort alle Kräfte der Imperialisten scheitern werden.

Die Demonstrationen des 1. Mai bieten Gelegenheit, diesen Gedanken in den Massen zu verankern und zu vertiefen.

## Der Reichstag hat keine Zeit für die Leipziger Justizmorde!

### Strafverfolgungsantrag gegen 9 kommunistische Abgeordnete

Bei Eröffnung der Diensttagung des Reichstages leitete Präsident Eiche u. a. mit, daß er sich verpflichtet gefühlt hat, der bulgarischen Seite das Urteil des Reichstages über das Verbrechen wider den Parlamentarier durch das Sozialer Attentat auszusprechen. Weiter leitete er mit, daß die Staatsanwaltschaft Anträge auf Strafverfolgung gegen 9 u. a. kommunistische Abgeordnete, u. a. Genossen Scharf, Dobias, Schwann, hat widerrufen, gefügt hat. Die Anträge werden dem Geschäftsausschuß übergeben.

Vor Eintritt in die Tagesordnung ergreift Genosse Neubauer das Wort zur Begründung folgender kommunistischen

### Interpellation über die Urteile von Leipzig:

„Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik hat in dem Prozeß gegen Neumann, Boege und Genossen 10 ungewöhnliche Urteile gefällt, die in der gesamten deutschen Justizgeschichte einzig dastehen. Schon die Tatsache, daß die Urteile des Reichsgerichtes kraftlos ausgegangen oder begnadigt sind, läßt die Urteile, die der Staatsgerichtshof gegen revolutionäre Arbeiter gefällt hat, als eine Verhöhnung jedes rechtlichen Empfindens erscheinen. Neben hohen Verurteilungen und Zuchthausstrafen wurden drei Todesurteile gefällt. Die Empörung vieler Arbeiter, die in dem Prozeß eine Verurteilung, die sie als ungerechtfertigt, als schon die ganze Durchführung des Prozesses seinen Charakter als eines politischen Tendenzprozesses an sich nicht zeigte. Ein Vorgehen, wie es der Präsident des Staatsgerichtshofes, Richter, gegenüber den Angeklagten und ihren Verteidigern anwandte, war selbst bisher in Deutschland unbekannt. In derartigen Fällen sind die Urteile nicht anfechtbar, sondern können. In dem die kommunistische Fraktion auf die große Empörung hinweist, die sich der beiden Klassen der Arbeiterklasse bemächtigt, fragt sie die Reichsregierung:

1. In die Regierung gewillt, die oben genannten Urteile zu infizieren,
2. in die Regierung gewillt, dafür Sorge zu tragen, daß den Angeklagten und ihren Verteidigern die ihnen zustehende Rechte der Verteidigung sichergestellt werden?“

Genosse Neubauer fordert die dringende Beantwortung dieser Interpellation in der heutigen Sitzung und fährt dann fort: Dieses Urteil, das ein Tendenzurteil schimmert, ist, hat in der Weltgeschichte, englische und französische Wälder haben schon gegen dieses Urteil und sein Urteil Stellung genommen. In weiteren Kreisen Deutschlands hat man den Charakter dieses Tendenzprozesses erkannt, der gegen die kommunistische Partei und die Arbeiterklasse gerichtet war und so sind auch die Urteile zu werten. Würdevoll und gerecht haben sich mit aller Schärfe gegen die Art der Prozeßführung, die die Urteile gewandt; es ist Willkür des Reichstages, so ist zu diesem Prozeß Stellung zu nehmen. Wenn die drei Todesurteile, die in Leipzig verhängt worden sind, nicht zurückgenommen werden, so wird der neue Reichstag nicht seine fruchtbarsten Tätigkeiten beginnen können mit der Unterzeichnung von drei Todesurteilen, die auf einem ungewöhnlichen Zulieferverfahren beruhen, das allem, was überhaupt bisher bei zivilisierten Völkern bekannt war, so fern ist. Allerdings wird der neue Reichstag, obwohl er durch den Reichstag, der einen solchen Staatsgerichtshof eingerichtet hat. (Seufzer h. d. Komm.)

Der sozialdemokratische Präsident Boege leitete die folgende Ansprache mit der Absicht, die Interpellation ohne auf Grund der Geschäftsordnung heute nicht behandelt werden, unter dem Protest der Kommunisten, ab.

### Beratung des Haushalts des Reichsjustizministeriums

eingetragen. Damit wird die Beratung des kommunistischen Antrages, der Auffassung über die Beizerrung der Postrechte vorzuziehen, verbunden.

Der Reichsjustizminister Singel erklärt, daß der Rechnungsjahr 1924 einen Ueberschuß von 29 Millionen Mark bringen würde, wobei außerdem 43 Millionen Mark dem Rücklagefond zuzuführen. (Bei Lohnforderungen der Postbeamten wird zur Abweisung stets die schlechte Finanzlage der Post angeführt.) Die Personalansprüche betragen nach seinen Angaben 1913 70,7 Prozent und die Sachausgaben 29,3 Prozent der Gesamtansprüche, dagegen sind die Personalansprüche im Jahre 1920 auf 62,7 Prozent gestiegen und die Sachausgaben auf 38,3 Prozent gestiegen. Zur Frage der Postrechte erklärt Singel, die Unterlegung sei in vollem Gange.

## Ein Aufruf des Exekutivkomitees der Komintern zur Präsidentschaftswahl

### Wie die sozialdemokratischen Kämpfer gegen die Monarchie ausleben

(Eig. Drahim.) Berlin, 28. April.

Ein Aufruf des ER der Komintern lautet u. a. folgendes: „Ihr Herren Sozialdemokraten habt den Sieg Hindenburgs vorbereitet, indem Ihr den Spartakusbund-Aufstand niedergelassen habt, Ihr Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ermordet ließt. Ihr Herren Sozialdemokraten habt den Sieg Hindenburgs vorbereitet, indem Ihr die Räte der deutschen Arbeiterklasse auseinandergerichtet habt, die Gewerkschaften gespalten, die revolutionären Matrosen und Arbeiter erschossen, die besten deutschen Proletarier ins Zuchthaus geworfen, den Rufstand der deutschen Arbeiter im März 1921 niedergeschlagen, den General von Seeckt auf den Stuhl gehoben, Euch für die Rettung der Bourgeoisie beim Verzicht des Proletariats 1923 mit Leib und Seele eingesetzt und die Reihen der deutschen revolutionären Proletariats ausgerottet habt. Immer und immer wieder perleutete die SPD, die 15 Millionen starke deutsche Arbeiterklasse als selbständige politische Kraft von der Bühne der Weltgeschichte verschwinden zu lassen. Damit konnte sich aber die Vorhut des deutschen Proletariats nicht abfinden.“

„Ihr Heuchler, ruhen wir Euch zu.“ Hat etwa die bulgarische Sozialdemokratie nicht den Helfer Zantoff unterkriegt? Und worin unterscheidet sich Zantoff von Hindenburg? Unterkriegt etwa die ungarische Sozialdemokratie und ein Teil der 2. Internationale nicht den Helfer Forth? Und worin unterscheidet sich Forth von Hindenburg? Unterkriegt nicht etwa der rechte Flügel der italienischen Sozialdemokratie und ein Teil der 2. Internationale Mussolini? Ist etwa Mussolini um Vieles besser als Hindenburg? Die Sozialdemokraten und Reichsweilken in Estland, unterkriegt sie etwa nicht den Helfer der estländischen Arbeiterklasse, den General Rahmer? Unterkriegt etwa nicht die polnische Sozialdemokratie, die Partei der 2. Internationale, die Helfer des polnischen Volkes? Machen nicht MacDonald & Co., die Führer der 2. Internationale, Kniee für den englischen König?

So sehen die sozialdemokratischen Kämpfer gegen die reaktionäre Gefahr aus.

Die Komintern fordert auf zum Kampf gegen die gelamte monarchistische und bürgerliche Weltordnung, zum Kampf gegen den Bormarsh des Faschismus, zur Erhaltung der Einheit der Gewerkschaften, zum entschlossenen Kampf gegen die Gefahr neuer Kriege.

Rücker mit den sozialdemokratischen Helfershelfern der bürgerlichen Weltordnung!

Schloß die revolutionäre Kampf des internationalen Proletariats!

Schloß die Einheit der proletarischen Reihen!

Moskau, 27. April 1925.

### Exekutiv-Komitee der Komintern.

Die Redner aller bürgerlichen Parteien einigten, für die SPD, entgegen in der Debatte in Herz für die Beamten, für deren Massen ausleben sie nur kurzem werden eingetreten werden. Nächste Sitzung Mittwoch, nachm. 2 Uhr.

### Aus dem Ruhruntersuchungsausschuß

In der letzten Sitzung des Ruhruntersuchungsausschusses gab es eine lange Erörterung über die Rechtsfähigkeit der Reichsanstalten an die Ruhrindustrie.

Die Kommunisten beantragten über die Rechtsfähigkeit der Reichsanstalten zum Oktober 1923 die Minister Stresemann, Lohner, Solmann und Schmidt als Zeugen zu vernehmen. Die Vernehmung der Staatsrecht des Reichstages sei so offenbar, daß es darüber wohl kaum besonderer Unterstellungen bedürfte. Wichtig sei aber festzustellen, inwieweit die Reichsanstalten von damals als politische Bindungen gegenüber den Schwerindustriellen anzusehen seien. Deshalb sei die Vernehmung der in Frage kommenden Minister unbedingt erforderlich.

Die Sozialdemokraten wandten sich durch ihren Redner Landabeg wiederholt gegen die Vernehmung der Minister als Zeugen unter dem Vorwand, über die haben, von Reichsanstalten sei noch Klarheit vorhanden. In Wahrheit ist ihnen eine Vernehmung der Minister aus politischen Gründen sehr unangenehm, weil ja die sozialdemokratischen Minister an dem Ruhrplan mitgewirkt haben. Nach längerer Debatte, in der sich der Zentrumsausschuss Eiler und der demagogische Abgeordnete Rademacher für die Rechtsfähigkeit der Betriebe aussprachen, während der Sozialdemokrat Dr. Landabeg und der Demotat, Dietrich die Rechtsgrundlagen in Zweifel stellten, wurde schließlich der kommunistische Antrag, die vier Minister als Zeugen zu vernehmen angenommen und ferner beschlossen, verschiedene Ministerialdirektoren über das Zustandekommen des bekannten Streikmanuskripts vom 1. November 1923 an die Ruhrindustriellen zu vernehmen. Diese Zeugenvernehmung soll am Freitag vorgenommen werden.

### Brauns Antrittsrede

### Lobeshymne auf die Große Koalition

Berlin, 28. April.

Die heutige Sitzung des Preussischen Landtages, die vom dem Präsidenten Barck mit einem Aufruf auf den verstorbenen früheren Kultusminister Haack eingeleitet wurde, dauerte nur eine Viertelstunde. In dieser verlas Ministerpräsident Brauns eine kurze Rede.

„Der Herr Haack wandte dem Saule das neue Kabinett vor, dem angehört als Kultusminister Herr Juchacz, als Innenminister Herr Sperling, als Wohlfahrtsminister Herr Strömer, als Kultusminister Dr. Becker, als Finanzminister Herr Köpfer, als Handelsminister Herr Greber-Halle und als Landwirtschaftsminister Herr Greger.“

Es ist nicht möglich, Kabinett, das bereits der Amtsvorgänger des jetzigen Ministerpräsidenten, Wilhelm Marx, am 18. Februar dem Landtag vorgestellt hat, und das damals wegen Ablehnung des Vertrauensantrages zurücktreten mußte.

Die Rede Brauns war in übrigen eine einzige Lobrede auf die Große Koalition: Die politischen Regierungen, die der Politik der Großen Koalition zugrunde lagen, werden weiterhin für das Kabinett wogegen sein.“ Dabei tritt er eine wilde Rede gegen den angeblich demagogischen, sozialistischen Witz, der bei jetzt alle preussischen Regierungen zu Fall gebracht habe. Kommunistische Zwischentöne blieben dem Ministerpräsidenten nicht schuldig.

Das Haus verlegte sich am Mittwoch 12 Uhr mittig zum Zwecke der Beantwortung der Regierungserklärung.

### Doch Neuwahl in Breuker?

Berlin, 28. April.

Die „Völkische Zeitung“ läßt sich aus dem Preussischen Landtag melden, daß am Sonntag, den 14. Juni, nachträglich Neuwahlen stattfinden werden. Ministerpräsident Braun sei entschlossen, wenn ihm

das Vertrauen des Landtages nicht ausgesprochen wird, zur Landtagswahl zu streifen. Ende dieser Woche werde der Ausschuß, der die Auflösung zu bestimmen hat, und aus dem Oberbürgermeister Dr. Wenauer als Vorsitzenden des Preussischen Staatsrates und dem Landtagspräsidenten Barck und dem Ministerpräsidenten Braun besteht, zusammenzutreten, um über die Auflösung zu beschließen.

### Krach im Zentrum

### Wie die „republikanischen“ Bundesgenossen der SPD ausleben

Berlin, 28. April.

Landtag. In der heutigen Fraktionsberatung des Zentrums kam es zu heftigen Auseinandersetzungen des schwarzgelben Flügel, der von Gerold und Schering geführt wird, mit dem schwarzweißen Flügel, dessen Führer Baden und Loehner sind. Auf der Seite Papens stehen ungefähr 30 Mitglieder der 80 Mann starken Fraktion. Es verriet, daß die politische Redakteur der „Germania“ getötigt sind; Papen ist Suspensionen der „Germania“. Gerichte über Auflösung des Landtages und Neuwahl am 16. Juni finden am, andererseits verriet, daß ein Rubenbal zur Bildung eines Beamtenkabinetts im Gange sei, in dem Marx den Posten eines Kultusministers übernehmen soll.

### Das Reichskabinett tritt nicht zurück

(N.) Berlin, 28. April.

Das Reichskabinett trat gestern abend zu einer Sitzung zusammen, um die politische Lage zu erörtern und an der sämtliche in Berlin weilenden Reichsminister mit Ausnahme des Ministers Dr. Stresemann, der durch Krankheit am Erscheinen verhindert war, teilnehmen mochten. Dr. Stresemann trat jedoch dem Kabinettsbeschlusse nachträglich bei. Es wurde über die Fortsetzung der Arbeit des Reichskabinetts in Folge der Neuwahl des Reichspräsidenten nicht zurücktreten, was, da ein verfassungsrechtlicher Grund nicht vorliegt. Der Reichstagler erstattet dann über seine am Donnerstag gegebene Unterbrechung mit dem Generalstaatsanwalt von Hindenburg dem Kabinett Bericht.

### Schredensurteil gegen die Schiffbetriebe

### 46 Jahre Fesselung

Im Schiffbetriebe kommunizieren 30 000 wurde vor dem Staatsgericht gegen die dritte Schiffbetriebe Urteil gefällt. Verurteilt wurden 27 Angeklagte zu insgesamt 46 Jahren und zehn Monaten Fesselung. Die einzelnen Strafen erfordern sich von ein Jahr fünf Monaten bis zu drei Jahren. Vier Angeklagte wurden freigesprochen. Außerdem wurden auf Grund des Republikationsgesetzes neben der Fesselungsbefehl auf Gefolts bis zu 250 Mark erkannt. Die Verhandlung gegen die vierte Staffel beginnt am 4. Mai.

Täglich neue Schredensurteile! Der Klassenkampf der sozialdemokratischen Führer, die die Arbeiter auffordern, für den Zuchthausstrafe Marx, also für die Ministerielle des Staatsgerichtshofes, zu stimmen, trägt keine Früchte. Die monarchistischen Richter dieser „republikanischen“ Gerichtsbarkeit fällen immer tollere Urteile. Arbeiter, kommt Euch am 1. Mai in MassenDemonstrationen unter freiem Himmel auf die rote Fahne. Nur wenn Ihr massenlos als Klassenkämpfer auftritt, werdet Ihr die Amnestie für die proletarischen politischen Gefangenen erzwingen. Berechtigt Eure gefangenen Brüder nicht!

### Haenisch gefordert

Der Kultusminister A. D. Haenisch, seit 1923 Regierungspresident des Regierungsbezirks Wiesbaden, ist am 28. April an den Folgen einer Venenentzündung im Alter von 49 Jahren gestorben.

Konrad Haenisch wurde schon als Schüler der Politik zu. Er wurde innerlich als Unterprimar von Gymnasium seiner Vaterstadt Greifswald wegen sozialdemokratischer Agitation verwiesen. Nach kurzer Buchhändlerlehre hörte er Vorlesungen über Geschichte und Nationalökonomie. Seit 1908 war er Schriftleiter an verschiedenen sozialdemokratischen Blättern. 1913 kam er zum erstenmal ins Parlament, nämlich ins Preussische Abgeordnetenhaus. Die Revolution machte ihn neben Adolf Hoffmann zum Preussischen Kultusminister. Nach seinem Ausscheiden als Kultusminister übernahm er das Regierungspräsidentium in Wiesbaden.

„Konrad Haenisch ist einer jener Sozialdemokraten gemeinen, denen immerhin eine gewisse Post-Postur fremd war. Er war einer der wenigen Kultusminister in der SPD. Er war jedoch einer der ersten gewesen, die mit Pauken und Trompeten im Jahre 1914 ins kaiserliche Lager abwandten. Er jubelte sofort im August 1914, daß man jetzt endlich aus vollem Herzen „Deutschland, Deutschland über alles“ singen könnte. Der ganze Krieg hindurch war er einer der schärfsten und wütendsten Verfechter der sozialdemokratischen Kriegspolitik. Konrad Haenisch war dem revolutionären Proletariat längst ein Fremder, bevor er gestorben ist.“

### Startow †

Der leitende Leiter der Berliner Handelsvertretung der Union der Sowjetrepubliken, Startow, ist den Folgen eines Schlaganfalles erlegen.

Startow ist im Jahre 1880 in Samara geboren. Er absolvierte die Technische Hochschule in Leningrad (St. Petersburg) und war dann in verschiedenen russischen Industrie-Unternehmungen als Ingenieur tätig. 1904 wurde er Direktor der Elektrizitätswerke in Samara. Später war er Direktor der Elektrizitätswerke in Moskau. Dort arbeitete er bis zu seiner Berufung durch den Rat der Volkskommissare in die russische Handelsdelegation in London als Mitarbeiter Kravins für Elektrizitätsfragen. Seit 1920 befand sich Startow in Berlin; seit dem Stöchen der Handelsvertretung war er dort an leitender Stelle tätig. Auf dem Boden des internationalen Sozialismus vertritt er die Positionen auf der Ebene außerordentliche Verdienste um die Wiederaufbau der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen erworben. Er erzeute sich in deutschen Wirtschaftsbeziehungen infolge seines fadmännlichen Willens, seiner Scharfsicht und seines offenen, geraden Willens großer Beliebtheit. Sein Wäben bedeutet für Russland wie auch für die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen einen großen Verlust.

### Eröffnung der 14. Union-Konferenz der ARB.

(WBZ.) Moskau, 27. April.

Die heute eröffnete vierzehnte Unionkonferenz der Russischen Kommunistischen Partei wird sich mit den Organisationsfragen der Partei, den Kampfmöglichkeiten, der landwirtschaftlichen Steuer, der Frage der Wiederherstellung der Metallindustrie beschäftigen. Einem wird einen Bericht über die kürzlich abgehaltene Tagung der Exekutiv der Kommunistischen Internationale erhalten. Im Bericht des Zentralauswärtigen Büros der Partei unterrichtet der Generalsekretär der Partei, Genosse Molotow, die Notwendigkeit, bei freien wirtschaftlichen Entwicklung des Bauernums entgegenzukommen und an der Beilegung der Arbeiterklasse des Kapitalismus in den Dörfern zu arbeiten. Er erklärte, daß die Elemente des Kapitalismus innerhalb der Sowjetunion in den nächsten Jahren wachsen würden, und daß sie durch einen Kampf mit den Elementen des Kapitalismus in der Landwirtschaft der Bauern in Genossenschaften bekämpft werden müßten.

# Zurück zur roten Fahne!

## Das ist die Vorbedingung zum siegreichen Kampf gegen den Monarchismus

### Linke SPD-Arbeiter wollen zurück zur roten Fahne

#### Ein Berichtsbericht, den jeder sozialdemokratische Arbeiter lesen muß

Obgleich die Wahl vorüber ist, wollen wir nachfolgenden Bericht aus einer Parteimittingung der SPD. in Zwickau mit dem Thema „Präsidentenwahl“ nicht unterlassen. Er ist auch jetzt noch höchst aktuell.

Im Zwickau-Chemnitz hat die Partei am Sonntag im zweiten Wahlgang 40 Prozent gewonnen, in der Stadt Zwickau im ersten die Stimmenzahl der Kommunistischen Partei von 26 000 Stimmen auf 65 000. Das Wahlergebnis zeigt, daß die Klassenbewußten sozialdemokratischen Arbeiter sich von der sogenannten „linken“ Führerschaft, die Parteiführer für Marx forderte, nicht abtrennen ließen. Sie legten ein Verbotnis für rote Front, ein Verbotnis zum Klassenkampf ab.

Am Dienstag, dem 21. April, fand in Zwickau eine Parteimittingung des 3. Unterbezirks SPD. (Zwickau Stadt und Land) statt. Ein Teilnehmer der Versammlung gibt über deren Verlauf folgenden ausführlichen Bericht.

Die Parteimittingung der SPD. des dritten Unterbezirks Zwickau hatte folgende Tagesordnung: 1. Sozialdemokratie und Reichspräsidentenwahl. Referent: Paul Leut. Versammlungsleiter war Kautzsch.

Seydewitz interessiert, daß eine der größten französischen Zeitungen, der „Temps“, vor einigen Tagen geschrieben hat, die Republik in Deutschland könne nur hergestellt und geteilt werden, wenn die SPD. verstanden. Eine solche Erklärung würde ihm unverständlich. In seinen weiteren Ausführungen jammert er über die falsche Politik des Parteivorstandes, die die Arbeiter über die Arbeiterklasse dadurch zu führen, daß er eine Politik mit dem Zentrum und den Demokraten betreibt, welche uns bisher bezaubert hat, daß

**die Arbeiterklasse dadurch nur geschwächt und nicht gestärkt werden kann.**

Er sagt u. a. wörtlich:

**„Marx ist politisch und materiell genau so schlecht wie Hindenburg.“**

Er verlangt aber, daß gegenüber der Politik des Parteivorstandes und der 23 Disziplinierer in Genuß Disziplin gehalten wird, da sonst der Parteivorstand die Gelegenheit wahrnehmen würde, Genossen auszuscheiden.

Paul Leut bemerkt, es gäbe keine monarchistische Gefahr, wie es die Kommunisten behaupten. Zum ersten Male seit 60 Jahren verdränge eine Arbeiterpartei (SPD.) auf das Klassenbewußtsein des Proletariats. Er begründet dies mit der Auffassung des Kandidaten Marx. Aber auch er bringt neben einigen Ausfällen gegen die Kommunisten nichts anderes vor, als den Arbeitern zu empfehlen, gegenüber dem Parteivorstand Disziplin zu halten, also Marx zu wählen.

Hierauf wurde in die freie Ausprache eingetreten.

Augustallert Blumenstein verliest in diesem Falle die Disziplin gegenüber dem Parteivorstand nicht. Er erinnert an den Sozialistengesetz in Genoa.

Augustallert Müller sprach in demselben Sinne.

Hierauf sprach ein alter SPD-Genosse, welcher persönlicher Freund von Bebel und Wilhelm Liebknecht war. Er sagte, wenn beide 1914 noch am Leben gewesen wären, hätte die Partei keinen solchen Weg beschritten und heute noch hätten wir die rote Fahne. Aber durch diese Koalitionspolitik hat man uns zu Schwarzregierungen gemacht.

Funktionär Friedrich verliest nicht, wie sie weiter Disziplin halten können und schimpft scharf über die Koalitionspolitik. In seinem Schlusswort führt Leut aus: Jeder Parteigenosse muß diese Politik erfüllen. Die Proleten verstehen die Politik des Parteivorstandes nicht. Er verweist sie auch nicht. Die Kassenüberprüfungen in der Partei müssen wir bis nach der Wahl aufheben.

Walter Müller sprach über das Reichsbanner und ist empört über die Fingelüfte.

Seydewitz führt in seinem Schlusswort aus: Der Plan einer Parteimittingung hat vom Parteivorstand einen Brief bekommen, in dem er ein Kreuzverbot anstellt wegen verschiedener Behauptungen des Genossen Fingelüfte. Plänen auf einer Unterbezirkskonferenz, zur Frage der Kandidatur Marx. Der Parteivorstand möchte die Stunde denkwürdig, um einige Genossen auszuschließen. Seydewitz bietet die Parteigenossen, seine schwierige Lage zu verstehen. Er definiert sich gegenüber zwei Möglichkeiten. Er erwidert die Parteigenossen, trotz der Schwierigkeiten aus der Partei und nicht wegzulaufen, da er sonst in seiner Disziplin noch schwächer würde.

Der Versammlungsleiter, M. d. L. Kautzsch, sagte zum Schluß noch: Wo sind die „Rechten“, Meier, Müller usw.?

Die sitzen mit Volksgenossenschaftlern zusammen

und lassen die Partei im Stich. Eine allgemeine Empörung machte sich hierbei bemerkbar. Die gesamte Parteimittingung ist außerst erregt über die Politik des Parteivorstandes. Die Konferenz war von etwa 450 bis 500 Parteigenossen besucht.

„Wo steht Seydewitz gibt zu, daß

**„Marx politisch und materiell genau so schlecht ist, wie Hindenburg.“**

Hier wird durch einen Sozialdemokraten bestätigt, daß wir Kommunisten vollkommen recht haben, wenn wir sagen: „Bis für Marx hinaus, hinaus für Hindenburg.“ Dieser Ausspruch von Seydewitz entzündet die Ingeheuerlichkeit des sozialdemokratischen Schwimmbels, die den Marx als „Säug gegen die Reaktion und die „Hindenburgianer“ hinstellt.

Und trotzdem verlangen die Seydewitz und Leut von den Arbeitern, für Marx zu stimmen, „aus Disziplin.“ Die sozialdemokratischen Arbeiter werden durch diesen Reden eine solche „Disziplin“ nicht. „Disziplin“ für Marx, den Kapitalkapitalisten, ist Beruf an der eigenen Klasse. Zu einer solchen „Disziplin“ ist ein denkfähiger Proletarier nie und nimmer verpflichtet.

Dießen Weg des Betrugs der proletarischen Interessen (ob mit rechten oder linken Hebeln) verläßt die SPD-Arbeiter nicht länger mitmachen. Die Arbeiter müssen aus ihrer berechtigten Empörung gegen die Politik der SPD-Anhänger die Konsequenz ziehen.

Genossen, diese Seite müßt Ihr allen sozialdemokratischen Arbeitern und Reichsbanner-Deuten unbedingt weitergeben. Diskutiert mit ihnen! Helft ihnen auf den richtigen Weg: Zurück zur roten Fahne!

### An die Kameraden im Reichsbanner

#### Von einem roten Frontkämpfer

Wir erhielten von einem Roten Frontkämpfer nachfolgende Zeilen, die wir gern durch unsere Zeitung allen proletarischen Elementen im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold mitteilen:

„Kameraden! Es sind wieder Arbeiter gemeldet. In fast allen Städten Deutschlands, in Berlin, in Wuppertal usw. sind von den Kameraden und Faschisten Proteste über den Heuten beschlossen worden. Diese Klagen sollen jedoch nicht den Faschisten und letzten Roten Frontkämpfern an. Kommen sie sich ermahnt worden? Alle sind von ein und demselben Feind niedergeschlagen worden, nämlich von den Monarchisten. Und was bedeutet das? Für mich ist es direkt ein Beweis dafür, daß die Proletarier im Reichsbanner und im Roten Frontkämpfer-Bund in der Tat nur einen einzigen gemeinsamen Feind haben, nämlich die Monarchisten und Faschisten. Es ist kein Zufall, daß es diesmal fast nirgends zu Streikern zwischen uns Roten Frontkämpfern und Euch Reichsbanner-Deuten gekommen ist, sondern daß wir zum erstenmal uns im praktischen Kampf gegen die Monarchisten näher kennen und schätzen gelernt haben.“

Ich habe mit besonderer Genugung die Berichte in den Zeitungen gelesen, wonach an verschiedenen Orten Reichsbanner-Deute und Rote Frontkämpfer bereits gemeinsame Sache gemacht haben bei der Abwehr der monarchistischen Vorhaben.

Kann denn das nicht immer so sein? Mühen wir denn immer getrennt marschieren, während wir doch ein und denselben Feind haben? Was hindert uns denn, eine gemeinsame Front aufzubauen?

Für Kameraden im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold heißt, entsprechend den Anweisungen Eurer Führer, daß wir Rote Frontkämpfer, als den Kommunisten nahestehend, die Schriftmacher der Reaktion sind und daß Ihr deswegen schon nicht gemeinsame Sache mit dem Roten Frontkämpfer-Bund machen könnt. Ich will hier keine faule Politik betreiben, ich will Euch nur als ehrliche Arbeiter fragen: Kennt Ihr das glauben in dem Augenblick, wo Ihr tagtäglich seht, wie wir Frontkämpfer gegen den Monarchismus kämpfen, wie in der Tat gegen die Faschisten kämpfen. Wie wir sogar Tote in diesem Kampf zu vergehen haben?

Nein, Kameraden, die Faschei dessen, daß wir, obwohl wir Klassen-genossen mit gleichen Zielen sind, in verschiedener Front stehen, ist woanders zu suchen.

Ich bin zwar nur ein einfacher Arbeiter und habe nicht Geheißes studiert, aber lönne ich doch, daß ich Euch Fahne Schwarzrot-Gold heute nicht Proletarisches mehr ist. Ich weiß, daß diese Schwarzregierungen heute einmal im Jahre 1848 schicksalhaft herbeigeführt, als selbst das Bürgertum gegen die feudale Monarchie gekämpft hat. Aber inzwischen sind wir Proleten doch eine reinerartige Klasse geworden, die mindestens 70 Prozent der gesamten Bevölkerung ausmacht. Wenn damals im Jahre 1848 die wenigen Arbeiter, die damals erst vorhanden waren, mit dem demokratischen Bürgertum gemeinsame Sache gemacht haben, dann war das zu verstehen. Aber jetzt die 70 Prozent Proletarier zur Schwarzregierenden Fahne stehen, dann ist es doch direkt ein Zu-Aus-Aus-Aus für den demokratischen Bürgertum in Deutschland, das doch hauptsächlich sehr gering und außerdem höchst ungewürdigt im Kampfe gegen den Monarchismus ist.

Somit weiß ich doch aus der Geschichte der Arbeiterbewegung, daß Marx und Engels schon im Jahre 1848 durch das Kommunistische Manifest und durch den Ruf: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch! die rote Fahne des Klassenkampfes aufgerichtet haben. Und wer, wie ich, jobndlich von dem Kriege sozialdemokratisch organisiert geworden ist, der weiß doch ganz genau, daß wir es damals immer wieder abgelehnt haben, mit dem liberalen Bürgertum gemeinsame Sache zu machen, mitunter August Bebel damals nicht immer gesagt: „Ich will ein Todfeind der bürgerlichen Gesellschaft sein?“ hat

### Das Kampfbündnis zwischen KPB. und Reichsbannerproleten in Halle

Merrets zeitigt das Kampfbündnis gegen die Reaktion zwischen KPB. und den Klassenbewußten Proletariern im Reichsbanner gute Früchte. Auch hier in Halle hat sich ein Kampfbündnis zwischen KPB. und Reichsbannerproleten herausgebildet. Eine ganze Anzahl Reichsbannerproleten ist in den letzten Tagen in den KPB. getreten. Die Erkenntnis bricht sich immer mehr Bahn: daß nur die rote Front der Klassenbewußten Proleten das Bollwerk gegen die drohende Monarchie ist, daß die Koalitionspolitik gegen die Monarchisten zu dem Triumph der Monarchisten geführt hat. Die Reichsbanner sind daher als alle Stützungen der Reichsbannerführer, die ihre Seite von der Bekämpfung mit roten Frontkämpfern zurückgelassen wollen. Die Einheit im Kampf, die Einheit von unten möglich. Die Proleten im Reichsbanner und die Proletarier im Roten Frontkämpfer-Bund werden diesen gesunden Prozeß der proletarischen Solidarität mit allem Nachdruck fördern. Die monarchistische Gefahr ist groß. Mögen die bürgerlich eingestellten Reichsbannerleute die

### Auf Mostauer Befehl!

Am 25. April vertheilte die SPD-Führerschaft in den Straßen Berlins eine Sonderausgabe des „Vorwärts“, in der wörtlich fand:

**„Die Mostauer Exekutive hat die Zentrale der SPD. aufgefordert, die Kandidatur Thälmann zurückzuführen.“**

Am 27. April, nach der Niederlage, schrieb der „Vorwärts“, Nebenausgabe, folgendes:

**„Auf Mostauer Befehl wurde — das ergehen die Zahlen — Hindenburg deutscher Reichspräsident.“**

Der einzelne SPD-Arbeiter stellt hier schwarz auf weiß, daß er mindestens einmal belogen worden ist. Wie fügt hinzu, daß er in dieser Sache zweimal belogen worden ist. Hindenburg verurteilt seine Wahl der volkstümlichen Politik der sozialdemokratischen Regierungsmänner seit Ebert-Scheidemann!

### Das ist die Wahrheit!

er und Wilhelm Liebknecht uns nicht immer wieder und immer wieder geteilt, daß wir nur unter der roten Fahne siegen werden!

Wilo, Kameraden, Ihr könnt uns roten Frontkämpfern nicht den Vorwurf machen, daß wir auch nur im geringsten den Klassenkampf unter der roten Fahne der Arbeiterrevolution verraten haben. Aber Ihr seid leider der roten Fahne untreu geworden! Ich glaube, wenn ein August Bebel diese Schmach noch empfinden könnte, er würde sich im Grabe umbrechen.

Was will ich damit sagen? Damit will ich nur zeigen, daß Ihr Kameraden im Reichsbanner eine ganz falsche Frontpolitik habt. Der Wahlgang hat bewiesen, daß bürgerliche Demokraten und Zentrumsgenossen vollkommen ungewürdigt sind in der Republikverleihung, weil sie hundertweise zu Hindenburg überlassen sind.

Es wäre sehr traurig, wenn wir alle nicht aus der Wahl des Reichspräsidenten Hindenburg zum Reichspräsidenten erblich 5 Minuten unter der roten Fahne die Rechte lernen würden. Es ist jetzt 5 Minuten vor 12, und ich als einfacher Prolet und Euer Klassen-genosse trotz allem und allem möchte es nicht unterlassen, Euch allen noch in letzter Minute zuzurufen:

**Verlaßt die Schwarzrotgoldene Fahne, die man zur Verehrung der Proleten aus der Kampfschmiede der Geheißte herorgeholt hat, und kommt zurück zur roten Fahne der Arbeiter, unter der die besten Sozialdemokraten August Bebel und Wilhelm Liebknecht gekämpft haben und die getränkt ist von dem Blut der besten Kommunisten, nämlich Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg.**

Ihr müßt Euch aber auch dessen bewußt sein, Kameraden im Reichsbanner, daß das bedeutet, daß jede Koalitionspolitik mit dem Bürgertum aufgegeben werden muß und daß nur eine rote Front in Betracht kommen darf. Ich weiß sehr wohl, daß Euch Euer Führer, die sehr hart verurteilt sind mit den bürgerlichen Demokraten und den bürgerlichen Zentrumspartnern, vor diesem Schritt mit allen Mitteln abhalten werden.

Aber Euch bleibt keine andere Wahl: Entweder weitere Niederlagen für die Proletarier im Reichsbanner, wenn Ihr die Schwarzregierungen des Reichsbanners als die roten Fahne zusammenhängt.

Ich weiß sehr wohl, daß Ihr, indem mancher andere Kamerad des Roten Frontkämpfer-Bundes beobachten können, wie wir mit den Kameraden aus dem Reichsbanner am Besten gemeinsame Sache gemacht haben gegen die Stachelhämmer. Ich bin sehr überzeugt, daß nicht nur viele Rote Frontkämpfer, sondern auch viele Proleten im Reichsbanner den Wunsch haben, daß diese profitorische Einheitsfront im unmittelbaren Kampf gegen die Monarchisten sich ausbauen und vertiefen möge.

Ich würde es sehr begrüßen, wenn Kameraden aus dem Reichsbanner auf diesen meinen Brief antworten würden, damit wir zu einem gewissen Gebanenaustausch kommen. Ich glaube bestimmt, daß die Redaktion des „Klassenkampf“ diese Briefe abdrucken wird.

R. B.  
Mitglied des KPB.

Anmerkung der Redaktion: Es ist selbstverständlich, daß wir jeden Arbeiterbrief, wie es von jeher unser Prinzip gewesen ist, abdrucken werden; ganz gleich, welchen Inhalt Briefe von Reichsbannermitgliedern enthalten. Das Einzige was wir uns vorbehalten ist, daß wir zu den volkstümlich abgedruckten Briefen ein sachliches Kommentar schreiben.

Gefahr nicht erkennen, in dem genau so wie ihre Parteien, das Zentrum und die Demokraten, in den Elementen der monarchistischen Reaktion einmünden. Die proletarischen Elemente des Reichsbanners und des Roten Frontkämpfer-Bundes werden die heilige rote Front mit aufrichten helfen, die der einzige Gegner ist gegen Hindenburg und die monarchistische Reaktion.

### Die Proletarier im „Reichsbanner“ reißen den roten Frontkämpfern die Hand

Die „rote Fahne“ schreibt vom Wallfahrt in Berlin: Unter Aufsicht von Jungtürkern befehlt, fährt frey und quer durch Berlin. Überall in allen Stadtteilen gibt es Freunde und Sympathisierende, selbst im „sozialistischen Westen“. Auf dem Bayrischen Platz fällt uns auf die

Begrüßung der „Reichsbanner-Deute, die dort stehen. Freilich rufen sie uns zu und nehmen unsere Klugblätter. Auf die Frage, woher aus einmal die Sympathie, kommt die Erklärung, Am Sonntag wurde hier an dieser Stelle ein „Reichsbanner-Mann von einem Faschisten ermordet, und die Kommunisten haben mit den Reichsbanner-Deuten gemeinsam die Faschisten abgewehrt. Auch an vielen anderen Stellen der Stadt fällt die

Sympathie des „Reichsbanners“ für KPB. und Jungtürkern auf. Es hat den Anschein, daß die Arbeiter, die im Reichsbanner sind, immer mehr einsehen, daß die Bürgerlichen, mit denen sie in hohler Nachbarschaft gebracht sind, in ihrer Freiheit ihnen nicht helfen. Da gegen leben sie in den Proleten im KPB. und im Jungtürkern in tieferen Bundesgenossen gegen die Faschisten.

Auch bei einem Unfall, den ein Auto des KPB. in der Wallstraße Ecke Spittelmarkt erlitten hat, haben die Arbeiter aus dem Reichsbanner lauffähig mitgeholfen. Von einer Feindschaft zwischen den Proletariern im Reichsbanner und denen unter den roten Fahnen war an diesem Wahltage nichts zu merken.

### Reichsbannerproleten als Kämpfer gegen die Reaktion

Uns wird aus Berlin geschrieben: Durch das prozontarische Verhalten der Faschisten genötigt — der Woch der Faschisten an den Reichsbanner-Deuten in der Innsbrucker Straße — haben einzelne Reichsbanner-Kameraden den Roten Frontkämpfern Waffenbesitz überlassen. Wir sind doch auch Arbeiter! Einer ist zwar, um zu beweisen, daß ihm proletarischer Heldennut das noch nicht in den Reiben des „Reichsbanners“ erwidert war, auf ein vorbelebendes Auto der Reichsbanner, ein Fahne fort, sprang ab, gedraht die Fahne, im Straßendreck schliefend, und ging auf einzelne Rote Frontkämpfer zu. Dort wurde er begrüßend mit den Worten: „Begrüße Dich so weiter!“





# Halle und Saalkreis

## Klassengenossinnen und Klassengenossen!

Heraus zur Maifeier!

Der 1. Mai 1925 muß ein trauffolter Ausbruch für unsere proletarischen Forderungen werden.

Nicht zufällig ist in diesen Tagen der Monarchist Hindenburg zum Reichspräsidenten gewählt worden. Die für das Proletariat verhängnisvolle Klassensolidität und der immer wiederkehrende Betrug der SPD. haben dieser Frau der monarchistischen Reaktion den Weg bereitet.

Der 1. Mai 1925 ist, insbesondere für die hallische Arbeiterklasse, mehr als je dazu angetan, nicht nur allein den Weltkrieg durch Arbeiterstreike zu einer Demonstration für unsere Forderungen zu machen, sondern jeder Arbeiter muß am 1. Mai durch die Arbeitstage seinen Kampfeswillen beweisen, muß sich einreihen in die rote Front gegen die monarchistische Gefahr!

### Deshalb heraus aus den Betrieben!

Gehaltes die vormittags um 9 Uhr stattfindende Demonstration zu einem Massenaufruf der hallischen Arbeiterklasse für die proletarischen Forderungen!

Die Nachmittagsfeier beginnt im „Volkspar“ um 4 Uhr und schließt in Konzert, Regitation und Ansprache.

Massenbesuch der hallischen Arbeiterklasse erwartet die Ortsgruppe der KPD, Halle a. S.

## Die Maifeier in den händischen Betrieben

Der Gesamtbetriebsrat der händischen Betriebe hat den Beschluß gefaßt, am 1. Mai die allgemeine Arbeitsehrung durchzuführen.

Dieser Beschluß muß von allen Arbeitern reiflich eingehalten werden.

Die händischen Arbeiter haben genau so, wie in den Vorjahren, für den 1. Mai Urlaub einzubringen. Jegentliche Schwierigkeiten wegen Teilnahme an der Feier dürfen den Arbeitern nicht in den Weg gelegt werden.

Darum Arbeiter der händischen Betriebe: Heraus zur Demonstration für die proletarischen Forderungen der Gesamtarbeiterschaft!

## Arbeiterfrauen!

Der 1. Mai heißt wiederum vor der Tür. Auch Ihr müßt mitgehen, diesen Tag zu einem wichtigen Kampftag des gesamten Proletariats zu machen. Ihr müßt aber nicht nur an den Demonstrationen teilnehmen, sondern müßt auch dafür sorgen helfen, daß am 1. Mai tatsächlich alles still liegt.

Daher soll bei euch auch, eure Einkäufe in den Geschäften schon am 30. April zu erledigen. Am 1. Mai darf keine Kasse der Konsumvereine geöffnet sein!

## Kein Arbeiterkind

Am 1. Mai die Schule besuchen. Alle Arbeiterkinder gehen morgen, Donnerstag, ihren Kindern einen Schulbildungszettel, der sie von der Teilnahme am Unterricht für den 1. Mai befreit.

## Die entlarnten Heuchler

Gestern legten die hallischen Buchdrucker, um das Resultat entgegenzunehmen, ob der 1. Mai für sie ein Feiertag sein soll oder nicht. Mit übergroßer Mehrheit haben sich die Buchdrucker für den Feiertag erklärt, aber es fehlten 28 Stimmen an der „unabhängigen“ Zweidrittel-Majorität! Nach diesem Resultat behauptet der Herr Wietzky die Heuchelei, trotzdem die hallischen Arbeiter ausgerechnet an der Beibehaltung der Maifeier durch Arbeitsehrung teilzunehmen. Gerade der erbärmliche „Heuchler“ Wietzky war es, der für diese neue Schandtat allein verantwortlich ist. Der Gewerkschafter König, der gestern Abend so treffende Worte für die Maifeier fand, sollte daran denken, daß er die größte Schuld an dem heutigen Verfall der Buchdrucker trägt, denn das Scheitern der Abstimmung ist nur die Frucht der Saat, die er geerntet hat; denn er haben den Beschluß des ADGB durchbrochen und die Abstimmungskommission eingesetzt. Wann werden die hallischen Buchdrucker erleben, daß die Wietzky und Konjonten ihre verräterische und arbeitgeberfreundliche Handlungen gegen den Willen der Kollegen fortsetzen?

## Tendenzlose Polizeiberichte

Die Polizeiberichte der letzten Tage lassen deutlich erkennen, was für ein Mann an die Stelle des Sozialdemokraten Rungge gesetzt wurde. Diese Frontkämpfer stellen schwarzweiße Fäbner ab. Diese Frontkämpfer stellen Frontkämpfer ein, an denen schwarzweiße Fäbner angebracht waren. Diese Frontkämpfer verüben gewalttätig in ein einseitig einseitigen. Anwohner der Schmal- und Schloßstraße bedrohen zwei Mitglieder des Einheitskomitees usw. Das sind einige Auszüge aus den Polizeiberichten der letzten Tage. Daß Arbeiter in diesen Tagen immer und immer wieder von Selbstverleumdungen überfallen, beruht auf dem schamlosen Betrug der Polizei, die in diesen Tagen, davon weiß der Polizeibericht natürlich nichts zu berichten. Uns will es scheinen, daß man hieron auch gar nichts wissen will.

Wir möchten einmal an den neuen Polizeiberichtswort folgende Fragen richten: Wo sollen diese tendenzlosen Polizeiberichte eigentlich besprochen? In die Polizei dazu da, durch denartige einseitige Berichte eine Fegungsmaschine gegen die Arbeiter zu schaffen? Gerade in den letzten Tagen ist dem nationalen Gehirnl der Kamm. Kommissar Wietzky, der in erster Linie dazu da ist, um den nicht ein Werkstoff von Einheitskomitee auf einzelne Arbeiter gemeldet wird. Herr Degle, Ihnen ist davon natürlich nichts bekannt?!

\*Achtung, Bauarbeiter! Am 1. Mai, früh 10 Uhr, treffen sich alle Bauarbeiter auf dem Paradeplatz zur Demonstration nach dem „Volkspar“. Kein Bauarbeiter darf fehlen. — Alle Arbeiter treffen sich früh 8 Uhr in der „Goldenen Kette“, Alter Markt.

Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter, Bezirksverein Halle.

\*Achtung, Dienstler von Halle a. S.! Laut Veranlassungsbefehl treffen sich alle Dienstler von Halle a. S. am Freitag, dem 1. Mai, vormittags 8 Uhr, in „Rüdersberg“. Alles muß reiflich zur Stelle sein.

\*Note Hill-Feintransmission. Heute Abend 8 Uhr findet in der Produktiv-Gesellschaft eine wichtige Sitzung statt. Jeder Fernkommunikationsmann muß erscheinen.

\*Remonstration bei der Volk. Die Zahlung der Inzidenzen und Unfallrenten für Mai findet beim Volkst. 2. Einleitungs 2a, wie folgt statt: am 1. Mai für die Nr. 1 bis 3500; am 2. Mai für die Nr. 3501 bis 5000. Zahlzeit vom 1. bis einschließl. 6. Mai von 8 Uhr vorm. bis 2 Uhr nachm., 7. Mai von 8 bis 12 Uhr vorm. und 8 bis 6 Uhr nachm.

\*Die Sprechstunden für Unbemittelte in der Volkshilfe für Säuglinge und Kinderkrankheiten, Franzosenweg, findet nicht mehr nachmittags von 2 bis 3 Uhr, sondern vormittags von 11 bis 12 Uhr statt.

\*Die Geschäftsstunden des hall. Wachmanns werden am 30. April 1925 von 10 bis 12 Uhr, am 1. Mai von 10 bis 12 Uhr, II. Stadtweg, Zimmer 107 bis 109 verlegt.

# Fortsetzung der Etats-Beratung

## Intermezzo

Das „Volksblatt“ läßt es sich angelegen sein, die Mut über seine und seiner Freunde Niederlage nicht etwa an den Hindenburg-Beuten auszulassen, sondern es schimpft auf die Kommunisten. Das ist weniger gefährlich, und darum kümmert sich auch der Staatsgerichtshof um Schutze der Republik, der ja jetzt Herrn Hindenburgs Schutze übernommen hat, nicht im geringsten. Also gefaßt es auch im Bericht des Herrn Kappeler über die Montag-Stadtratsberatung, und da die Kappeler-Methode allein nicht die schwärzestgehende Mut verzeihen konnten, ging man zu Anpöbelungen des Stadtratsbediensteten K. über, über, über, wie man sich hinterher herauszureden wollte, des Genossen K. als ein. Als der Stadtratsbedienstete K. über seinen Kniff im Plenum bekanntgegeben hatte, griff Herr Kappeler zu dem jetzt sozialdemokratischen Mittel, seine Schuld durch eine Denunziation zu beamteln, und zwar schmetterte er seine Denunziation gegen die Berichtsherrin des „Klassenkampf“, wofür diese eine nicht gerade schmeichelhafte (aber durchaus berechtigte, D. W.) Äußerung mit Bezug auf den demokratischen Stadtratsbediensteten K. gemacht haben sollte.

Aber mit seiner Begünstigung der Demokraten hat es seinen kleinen Schaden. Kappeler Empörung hatten ihn nämlich die demokratischen Herren Hof und Müller darauf hingewiesen, daß er sie der händischen Tat, Hindenburg gewiß zu haben, beschuldigt hatte. Süh lächelnd verneinte Herr Kappeler; aber es wurde ihm bewiesen. Im „Volksblatt“ vom Montag lassen sich folgende Dinge feststellen:

„Mit welcher Sorte von bürgerlichen Republikanern wie es hier in Halle zu tun haben, dafür gibt uns der noch immer bestehende famole kommunale Bürgerkrieg ein Beispiel, jene Einheitsfront von den Demokratischen bis zu den Demokraten, in der bekanntlich Verhältnisse: wie Müller und Hof die Führung haben. Für die Leute spielt neben dem „Ruhmesglanz“ eines Hindenburg die Glaubensfrage eine Rolle, und so wählten sie eben als Demokraten den Vizepräsidenten der Monarchie.“

Wußtenschraubend beteuerte Herr Hof, daß er keineswegs Hindenburg gewiß hat, und Herr Müller fügte hinzu: „Wir haben unsere Pflicht getan. Aber leben Sie doch Ihre Leute!“ Und er hatte recht. So biederling, wie Herr Kappeler die sozialdemokratischen Arbeiter einschätzte, sind sie wenigstens nicht alle gewesen. Bei einem großen Teil sozialdemokratischer Wähler hat die Glaubensfrage eine Rolle gespielt. Und sie haben nicht davon geschied, dem plüßigen Kappeler ihre Stimme zu geben. Kappeler muß eingesehen, daß seinen Freunden, die dem schwarzgeordneten Bund ein lieber Streich von seinem „Märchenblatt“, wie Herr Hof es nannte, gespielt worden war. Das ist das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold mit seinen feindlichen Wählern.

## Zum 1. Mai

Die Fraktion der KPD hat zu Beginn der gestrigen Stadtratsberatung folgenden Dringlichkeitsantrag eingebracht:

Die Stadtratsbedienstetenverwaltung wolle beschließen, den Magistrat zu erlösen:

1. auf Grund des Beschlusses des Ortsrats des ADGB, Halle in allen händischen Betrieben am 1. Mai die allgemeine Arbeitsehrung durchzuführen.

2. das händische Arbeitslohn anzuweisen, am 1. Mai alle Pflicht- und Arbeitslohnzeiten ruhen zu lassen.

Die Dringlichkeit wurde abgelehnt, und der Antrag kam nicht zur Verhandlung. Man will keine Verbesserung vorzögern, wohl bis nach dem Parlamentswahl, nach dem 1. Mai. Die Dringlichkeit ist nicht entgegenzusetzen. Diese werden aber trotzdem ihren Feiertag begehen und sich nicht einschließen lassen durch ihre Gegner.

## Ein echter Unternehmerpakt

Bei der Debatte über den Etat des Jahresplans wurde vom Genossen K. u. s. d. h. g. gerügt, daß der Magistrat keine nicht alle händischen Arbeiter, die ihm aufkommen, bemängeln könne. Darauf erklärte der bürgerliche Stadtratsbedienstete Wietzky, der händische Magistrat habe keineswegs die Aufgabe, alle diese händischen Arbeiter zu erledigen, und er dürfe unter keinen Umständen den privaten Fabrik-Unternehmern Konkurrenz machen. Im übrigen behauptete er, ohne dafür nur den geringsten Beweis zu erbringen zu können, daß das händische Fabrikunternehmen gar nicht rentabel sei, ja, daß sogar Geld verliere. Dem müßte sogar der Sozialdemokrat Müller widersprechen, und Genosse Winter wies Wietzky scharf zurück:

Die Stadt hat die Aufgabe für ihre Arbeiter in den privaten Fabrikunternehmen soviel wie möglich auszufüllen. Dadurch, daß Herr Wietzky Wunsch in Erfüllung geht, werden die Werte von den großen Fabrikunternehmen in unerwarteter Weise heraufgehoben.

Das Kapitel Straßenreinigung lief ein überaus starkes Konterpoint von Seiten unserer Genossen hervor. Genosse Kappeler bezeichnete den Zustand der Straßen als geradezu jämmerlich und führte es darauf zurück, daß nur 58 Personen zur Straßenreinigung angestellt seien, die in Kolonnen eingeteilt, jeden Tag 40 bis 60 Straßen reinigen müssen. Genosse Strömme betrug sich besonders über den schrecklichen Zustand der Lutharher Gasse. Dieser sei es absolut notwendig, daß noch mehrere Bedürfnisanstalten errichtet werden. Von kommunistischer Seite wird ein Antrag gestellt, am Riedelplatz, am Kamillien Platz, Wettiner Platz und am Köppler eine Bedürfnisanstalt zu errichten.

Die SPD. hatte einen Antrag eingebracht, der nicht so weitgehend war und die Summe von 75.000 Mark betraf in Aussicht

berichtigung. Wir schrieben in unserer Monatsnummer von dem Mischelart der Arbeiter in der Döberitzer Straße bei der Angabe der Namen der T. H. in uns Verleihen unterlaufen. Der Geschäftler Tschoner wohnt nicht Riedelberger Straße 11, sondern Weißstraße 11.

## Aus der Jugendbewegung

### Kommunistische Jugend, Ortsgruppe Halle

Heute Abend findet um 8 Uhr in der Produktiv-Gesellschaft eine wichtige Sitzung aller Fraktionsleiter statt. Alle Genossen, die Fraktionsleiter sind, müssen unbedingt erscheinen.

Donnerstag, abends 8 Uhr, in der Produktiv-Gesellschaft Gruppenabend. Thema: „Die Bedeutung des 1. Mai“.

Weiter geben wir bekannt, daß die Beerdigung unserer Genossin Gertrud Sillhardt, am Sonnabend, dem 2. Mai, auf dem Südriedhof, nachmittags 3 Uhr, stattfindet. Wir fordern alle Genossen und Genossinnen auf, sich an dieser Beerdigung zu beteiligen. Einen Treffpunkt aller Jugendgenossen werden wir noch bekanntgeben.

Die für Pfam, Meissen und Annaburg am Freitag, dem 1. Mai, stattfindenden Mitgliederversammlung finden um 8 Uhr in der Volkshilfe, II. Stadtweg, Zimmer 107 bis 109 statt.

nahm. Beide Anträge wurden von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt. Die Interessen der Arbeiter sind nicht die Interessen ihrer gebildeten Auftraggeber. Ein sozialdemokratischer Antrag, den Arbeitern, die mit der Straßenreinigung beschäftigt sind, eine bestimmte Schulzahlung zu beschaffen und dafür 5000 Mark anzusetzen, angenommen. Herr Döber, der sozialdemokratische Stadtrat, gewann es allerdings über sich, der „Anwalt der Arbeiter“

die Schuld an den letzten gereinigten Straßen zu geben; was natürlich von einem Sozialdemokraten nicht anders zu erwarten ist. Im Etat der Straßenreinigung ist eine Erweiterung des Bürgerparties vorgelesen. Als für die Mehrzahlstellung von Arbeitern gesprochen wird, hat Herr D. A. n. d. e. auf und fragt an, wie eventuell beschaffte Arbeiter werden sollen. Man könnte doch nicht die Steuern erhöhen. Genosse Günther gibt ihm zurück, daß man ja nur den Betrag der Stadthalle fest zu lassen braucht, dann habe man die Beträge für viele kleine notwendige Ausgaben bestimmen. Steuern zahlen wollen die kapitalistischen Herrschaften nicht, aber ihre Luxusgebäude wollen sie auch nicht bezahlen.

## Wucherzinsen beim Leihamt

Für den Posten des Leihamtes hatte Herr Schaumburg Annahme empfangen. Genosse Kappeler wies darauf hin, daß das Leihamt eines der traurigsten Kapitel für die arbeitende Klasse sei.

Die durch Arbeitslosigkeit und Krankheit gewonnenen fünf Arbeitslosen zu versehen, werden doppelt und dreifach bezahlt.

Sie müssen monatlich 6 Prozent Zinsen zahlen, also im Jahre 72 Prozent. Und sie aber ein Pfand zu hinterlegen zu erwarten ist. Im Etat der Straßenreinigung ist eine Erweiterung des Bürgerparties vorgelesen. Als für die Mehrzahlstellung von Arbeitern gesprochen wird, hat Herr D. A. n. d. e. auf und fragt an, wie eventuell beschaffte Arbeiter werden sollen. Man könnte doch nicht die Steuern erhöhen. Genosse Günther gibt ihm zurück, daß man ja nur den Betrag der Stadthalle fest zu lassen braucht, dann habe man die Beträge für viele kleine notwendige Ausgaben bestimmen. Steuern zahlen wollen die kapitalistischen Herrschaften nicht, aber ihre Luxusgebäude wollen sie auch nicht bezahlen.

Ein Antrag der kommunistischen Fraktion, die Zinsen beim Leihamt auf 3 Prozent herabzusetzen, wurde von den bürgerlichen abgelehnt, auch ein Teil der Sozialdemokraten stimmte nicht dafür.

Alle diese Leute brauchen das Leihamt nicht in Anspruch zu nehmen. Sie bekommen ja Bankkredite, soviel sie wollen.

## Die Kommunisten lehnen den Kirchenetat ab

Wenn die Stadt sparen will, soll sie dort anfangen, wo sie Dinge bezahlt, die sie nichts angehen. Zum Beispiel bei den Kirchen. Genosse Nitzsche legte ausführlich den kommunalistischen Standpunkt zur Kirche dar und begründete unsere Ablehnung des Kirchenetats wie folgt:

Wir müssen als Kommunisten aus grundsätzlicher Einstellung zur Kirchenfrage die angeforderten Mittel für diesen Etat ablehnen.

Der Kampf der Sozialisten, der seitdem die sozialdemokratische Partei den Boden des Klassenkampfes verlassen hat und mit den bürgerlichen Parteien gemeinsam alle Mittel anwenden, um die Arbeiterklasse unterzuwerfen, nimmend allein von der Kommunisten Partei in ihrer einseitigen und theoretisch begründeter Weise geführt wird, ging stets darauf hinaus, die Religion zur Priesterklasse zu erklären. Die Kirche ist ein Machtinstrument der herrschenden Klasse, gegen die arbeitende Bevölkerung.

Diese Feststellungen kann man täglich durch die Predigten der Pfaffen und durch die Stellungnahme der religiösen Organisationen in den verschiedensten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen beweisen.

Wir sind der Meinung, daß die Kirche der Religion der Welt und der Menschheit der Gottesgott überflüssig ist. Der Gottesgott ist nicht der Grund der Menschheit, sondern die Menschheit ist der Grund der Gottesgott. Die Kirche hat die Menschen, indem die Menschen haben ihren Gott und ihre Götter geschaffen.

Mit der Überwindung der Naturgewalten durch die moderne Wissenschaft und Technik werden auch die Kräfte und der Einfluß der Religion auf die Menschheit vermindert.

Es wäre unnütze, die Väter für eine, von einem großen Teile der Bevölkerung nicht gemollten Organisation, nämlich der Kirche, die ein Machtinstrument in den Händen der Gegner des Proletariats ist, mit unterstützen zu müssen. Es ist ein unmöglicher Zustand, die Väter für die Kirche aus dem einseitigen Steuerlohn, der in erster Linie aus den Steuern der arbeitenden Bevölkerung gefüllt wird, zu beschaffen.

Wenn es heute noch Menschen gibt, die glauben, daß sie ohne Religion nicht leben können, dann sollen diese Menschen selbst ihre Tischen aufhören und für die Unterhaltung der Kirchen und für die Bezahlung der Pfaffen auch die Mittel aufbringen.

Wir leben in der Kirche eine von den Einrichtungen, die geschaffen sind, neben der Polizei, dem Militär, der Polizei und der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse, die Klassenherrschaft der Kirche ist die Herrschaft der Priesterschaft, der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse, die Klassenherrschaft der Kirche ist die Herrschaft der Priesterschaft, der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse, die Klassenherrschaft der Kirche ist die Herrschaft der Priesterschaft.

Wir bekämpfen diese Einrichtungen des Klassenetats gegen die arbeitende Bevölkerung mit allen Mitteln und werden darum auch zu besten Aufrechterhaltung keine Mittel bewilligen.

## Wir lehnen darum diesen Etat ab.

Den Bericht über die außerordentlich wichtige Schuldebate werden wir in der morgigen Nummer veröffentlichen.

## Ammendorfer

Die Betriebsrats-Verordnung von Amendendorf und Umgebung hat einstimmig beschlossen, am 1. Mai die Arbeitsehrung zu feiern, und die Arbeiterklasse von Amendendorf und Umgebung auf, sich geschlossen an den Arbeiteranstellungen zu beteiligen. Es ist folgendes Programm aufgestellt: Vormittag 10 Uhr im „Dreierhaus“ große Demonstrationssammlung. Abends 8 Uhr im Krügers Hof große Arbeiteranstellung. Mitwirkende: Dramatische Abteilung, KPD u. a.

Arbeiter und Arbeiterinnen, demonstrieren am 1. Mai geschlossen gegen eure Ausbeuter.

## Die Betriebsräte von Amendendorf und Umgebung.

Ammendorf. In der Nacht zum Nachmittags befand sich der Oberlandbürger Paul aus Weelen auf der Kommunistenhaus. Da sie aber zu seinem Wohnort vergeblich war, kam er als „Mitternacht“ immer noch ein. Als er den Kanal voll hatte, griff er mit einigen Genossen, von dem Hause Wietzky, das Ehrhardt-Wied. Der Standart war bezirgt, das sich Ammendorf gewungen haben, Anzeige, wegen nächtlicher Ruhestörung, zu erstatten. Nun sind wir auf die weitere Entwicklung gespannt.

## Theater und Konzerte

Die Arbeiter-Opernsänger treten am 1. Mai die Geduld-Sänger ihr Werk auf. Die Sängerin ist bisher nur in ihrem eigenen Theater in Halle aufgetreten.





# Der Kommunistische Gewerkschafter

Kampforgan für die Arbeit der Kommunisten in Gewerkschaften, Betriebsräten und Genossenschaften

Verlag: Vereinigung Internationaler Ver-  
laasankalten GmbH, Berlin, Planufer 17

im April 1925

Verantwortlicher Redakteur:  
Paul Nerfer, Berlin, Rosenbaler Straße 88

## Zum 1. Mai

Die Reaktion marschiert. Offen erhebt sie ihr monarchistisches Banner. Soweit ist das deutsche Proletariat zurückgeworfen, das jetzt, da die deutschen Arbeiter das sechste Mal nach der Novemberrevolution von 1918 zum 1. Mai rüsten, eine offen schwarzweißrote Monarchistenregierung in Deutschland herrscht, daß die monarchistische Reaktion es wagen darf, den kaiserlichen Generalfeldmarschall Hindenburg, den getreuen Diener des von der Arbeiterschaft zum Teufel gejagten Hohenzollern, als Kandidaten für den Präsidenten der Republik auf's Schild zu heben.

Die Reaktion marschiert. Der politischen Entwicklung der Republik entspricht ihr sozialer Inhalt. Reaktion auf allen Gebieten. Unerhörteste Steigerung der Ausbeutung der Arbeiter und schamloseste Bereicherung der Kapitalisten. Nichts illustriert den sozialen Inhalt der demokratischen Republik deutlicher als die Tatsache, daß in ihr für den arbeitslosen Proletariat, der von den Besitzenden auf's Straßenpflaster geworfen wurde, die Sklavenpeitsche, Zwangsarbeit und das Arbeitshaus als soziale Fürsorge gilt, und den Kapitalisten Hunderte von Millionen als direkte Liebesgaben von der Regierung in die Taschen geworfen werden.

Die Reaktion marschiert. Der Achtstundentag ist beseitigt. Das bestehende Gesetz verurteilt die Proleten zu zehn- und zwölfstündiger Arbeitszeit. — Zehn- und zwölfstündige Arbeitszeit und über eine Million arbeitslose Proleten. — Die soziale Fürsorge der demokratischen Republik, die Kranken- und Unfallversicherung wird abgebaut. Mit Leben und Gesundheit der Arbeiter wird Schindluder getrieben. Der Arbeiterschutz vom Unternehmertum verbrecherisch vernachlässigt. Unerschrocken groß sind die Blutopfer, die die Arbeiter in der kapitalistischen Profitmühle täglich bringen müssen.

Zu alledem wird dem Arbeiter auch noch das letzte Mittel zur Verteidigung seiner Lebenslage, zur Abwehr gegen weitere reaktionäre Angriffe auf seine Existenz, das Streikrecht, systematisch und auf taktischem Wege abgebaut. Die Verbindlichkeits-erklärung der Schiedsrichter der staatlichen Schlichter, die, wie die des Sozialdemokraten Mehlisch, stets im Unternehmerinteresse liegen, raubt praktisch gerade den stärksten Arbeitergruppen das Streikrecht, deren Kampf für die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Gesamtarbeiterklasse ausschlaggebend ist.

Der ADGB ruft auf, am 1. Mai zu demonstrieren gegen die Reaktion. Aber wer half der Reaktion in den Sattel, und wer war in Wirklichkeit die Reaktion?

Die Reaktion begann mit dem Tage, an dem die Sozialdemokratie und ihre Blutsbrüder in den Spitzen der Gewerkschaften die am 9. November 1918 begonnene Entwicklung stoppten und der Arbeiterschaft die Macht entwandten, die Räte beseitigten und der Bourgeoisie die demokratische Republik bescherten, die ihr alle Positionen wieder zurückgab. Die Reaktion wurde fortgesetzt, als der Vertreter des ADGB, in der Regierung, der Reichsarbeitsminister Schilde, das heutige Vertriebsrätegesetz schuf, das dem Unternehmertum die Macht in den Betrieben wieder zurückgab, und den revolutionären Räten

ihre erklämpften Rechte raubte. Reaktion, das war, als die Gewerkschaftsbürokratie erklärte, sie wolle keinen schematischen starren Achtstundentag, sondern eine Arbeitszeit, die den „Notwendigkeiten der Wirtschaft“ gerecht werde. Reaktion, das waren die Ueberstichtens- und Ueberstundenabkommen der Gewerkschaftsbürokratie, die der Arbeiterschaft den Achtstundentag kosteten, und den Unternehmern halfen, ihre Macht zu festigen, die Kräfte so zu stärken, daß sie zu neuen Schlägen gegen die Arbeiterschaft ausholen konnten. Reaktion, das war die gesamte Politik der Gewerkschaftsbürokratie und der Sozialdemokratie, die in den Regierungen saß und deren Aufgabe es war, die Arbeiterschaft zu knebeln und den Kapitalisten die Plätze so lange freizuhalten, bis sie sich wieder selbst hineinsetzen konnten.

Am 1. Mai muß die deutsche Arbeiterschaft, angesichts der Tatsache, daß sie um Jahre zurückgeworfen wurde durch den Reformismus, sich befinden und sich sammeln mit der Losung: „Zurück zum Klassenkampf!“ Kampf gegen die Reaktion ist Kampf gegen die Herrschaft des Kapitals, ist unveröhnlicher Klassenkampf, nicht Koalition mit der Bourgeoisie.

Zurück auf den Boden des Klassenkampfes mit den Organisationen der Arbeiter, hinweg mit der Koalitionspolitik, hinweg mit der Arbeitsgemeinschaft, das muß die erste Forderung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft am 1. Mai sein!

Der Internationale Gewerkschaftsbund Amsterdam fordert auf, den 1. Mai zu einem internationalen Demonstrationstag gegen neue imperialistische Kriegsgefahren zu machen. Ja wohl, der 1. Mai muß ein Kampftag des internationalen Proletariats gegen den internationalen Kapitalismus sein. Aber der 1. Mai muß mehr sein als ein internationaler Demonstrationstag. Jahrzehnte lang hat das internationale Proletariat im Zeichen der Klassenolidarität demonstriert und die Arbeit ruhen lassen, und doch war ein 4. August 1914, waren vier Jahre Weltkrieg, in dem die Proletarier aller Länder sich auf den Schlachtfeldern zerstückten. Die internationale Arbeiterbewegung muß sich die Organisation schaffen, die stark genug ist, jedem imperialistischen Angriff standzuhalten, die im entscheidenden Augenblick auch in der Lage ist, das internationale Proletariat in den Kampf gegen das Weltkapital zu führen und neue imperialistische Kriege zu verhindern. Schon rüftet der Imperialismus zum Kampf gegen das Arbeiterland, das ihm wie ein Pflanzfeld im Fleische steckt. Die Zeit drängt zum Handeln.

Internationale Gewerkschaftseinheit muß die zweite wichtige Forderung der Arbeiterschaft am 1. Mai sein.

Internationale Einheit der Arbeiterklasse, eine internationale Organisation, die die Arbeiter aller Länder fest zusammenschweißt zu einem Damm, an dem alle imperialistischen Angriffe zerbrechen. Ein wichtiger Schritt ist getan. Rußlands und Englands Gewerkschaftsbewegung, die lampferproben revolutionären Massen Rußlands und die Millionen Arbeiter

des mächtigsten imperialistischen Staates von Europa, bilden schon allein eine Macht, mit der die Weltbourgeoisie zu rechnen hat. Aber jetzt gilt es, vom Anfang zum Ende zu kommen. Die reaktionäre Bürokratie der Amsterdamer Internationale bedroht die internationale Einheit. Sie will nicht die Internationale, die die Arbeiterschaft zum Kampf führt, denn sie will nicht die Einheit mit den erfahrensten und entschlossensten Kämpfern, den russischen Arbeitern. Die reaktionäre Bürokratie will keinen internationalen Klassenkampf, sondern dieselbe Arbeitsgemeinschaft mit dem Weltkapital, die zu neuer Niederlage der internationalen Arbeiterbewegung führen muß.

Deshalb muß die Arbeiterschaft sie erzwingen, denn sie ist unmittelbare Notwendigkeit, eine Lebensfrage der internationalen Arbeiterbewegung, nicht nur für die Zukunft, sondern auch für den heutigen täglichen Kampf ums Brot, gegen den Dawes-Plan, das Mittel nicht nur zur Verflabung der deutschen, sondern ebenso der englischen, französischen Arbeiter.

Darum heraus zum Kampf für eine einheitliche, auf dem Boden des Klassenkampfes stehende Gewerkschaftsinternationale gegen den Weltkapitalismus und den tatsächlichen Kampf gegen jeden neuen imperialistischen Krieg.

## Die Taktik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer im Kampf um den Achtstundentag.

Es gab einmal eine Zeit, in welcher die Sozialdemokraten und insbesondere ihre Gewerkschaftsführer so taten, als wollten sie einen ernsthaften Kampf um die Rückeroberung des gesetzlichen Achtstundentages durchführen. Das war im Frühjahr und im Sommer 1924. Damals nahmen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer bei dem großen Werstarbeiterkampf, dem großen Bergarbeiterkampf usw. den Mund sehr voll, wenn sie vom Kampf um den Achtstundentag redeten. Damals eröffneten die Sozialdemokratie und die A.D.G.V.-Führer ihre große Kampagne für einen Volksentscheid über den Achtstundentag. Der Inhalt des Volksentscheids sollte zwar nur die Ratifizierung des vieldeutigen Washingtoner Arbeitszeitabkommens sein, aber die sozialdemokratischen Führer taten so, als wollten sie diese Volksabstimmung zum Ausgangspunkt für einen Kampf um die gesetzliche Festlegung des allgemeinen Achtstundentages machen. Sie haben das alles zwar auch damals nur als agitatorisches Manöver gemacht mit dem Ziel, den Einfluß der kommunistischen Partei in den Gewerkschaften und unter den Massen zurückzudrängen. Aber immerhin: sie haben den Mund sehr voll genommen und haben auch in den Gewerkschaften jedes Mal 50 Pfennig zum Kampf um den Achtstundentag zahlbar lassen.

Heute scheinen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer das alles vergessen zu haben, oder besser gesagt, sie tun alles, damit die Massen in den Betrieben und Gewerkschaften sie nicht mehr an ihre großen Worte zum Kampf um den Achtstundentag erinnern. Von einem allgemeinen Kampf um den Achtstundentag ist überhaupt keine Rede mehr. Wir sehen vielmehr, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer seit Monaten nur noch von einer rückweisen Rückeroberung des Achtstundentages in den gewerkschaftlichen Kämpfen reden. Sie erklären heute ganz offen, daß man nur auf dem Wege einer allmählichen Reform der heutigen Arbeitszeitverhältnisse wieder zum Achtstundentag gelangen könne. Sie tun so, als sei es möglich, bald hier, bald dort eine Verkürzung der jetzigen Arbeitszeit um 10 Minuten oder eine Viertelstunde täglich in den gewerkschaftlichen Kämpfen durchzusetzen und so ganz allmählich wieder zum Achtstundentag zu kommen. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer haben zwar auch im Frühjahr und im Sommer 1924 nicht an einen ernsthaften Massenkampf um den Achtstundentag gedacht, im Gegenteil, sie haben unsere Vorschläge, die darauf abzielten, in allen Betrieben und Gewerkschaften ausdrücklich abgelehnt. Doch damals taten sie so, als lebten sie nur unsere Taktik ab und als sei der Volksentscheid über den Achtstundentag der richtige Weg zur Rückeroberung des gesetzlichen Achtstundentages. Sie täuschten damit breite Arbeitermassen. Heute oder tritt die Sabotage des Kampfes um den Achtstundentag durch die sozialdemokratischen Führer deutlicher als je in Erscheinung.

Dem scheint zu widersprechen, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer auch heute noch bald in dieser, bald in jener Industriebranche die bisherigen Arbeitszeitabkommen kündigen. Der Verlauf der Dinge im Ruhrbergbau, wo die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer wieder einen Schiedsspruch mit dem 10- und 12-Stundentag ohne Ausnahme des Kampfes annahmen, sollte jedoch jedem Arbeiter zeigen, daß auch dies nur Manöver sind. Der Zweck dieser Manöver ist neben der Täuschung der Massen die Herabwürdigung des Kampfes um den Achtstundentag zu einem Handelsobjekt bei den Lohnverhandlungen. Diese Seite der Taktik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, welche die Frage der Arbeitszeit als Druckmittel auf die Unternehmer ausnützt, um ein paar Pfennige Lohnhöhung herauszuholen, mit denen sie dann die Arbeiter vom Kampf um den Achtstundentag zurückhalten („um das Erreichte nicht zu gefährden“), hat sich bereits zu einem festen System in der sozialdemokratischen Gewerkschaftspolitik entwickelt.

Aber gerade diese Fortsetzung der sozialdemokratischen Täuschungsmanöver zwingt uns, jede Möglichkeit auszunutzen, um die breitesten Massen davon zu überzeugen, daß die sozialdemokratischen Führer eben nur Täuschungsmanöver machen, aber keinen ernsthaften Kampf um den Achtstundentag wollen. Und die Tatsache, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer heute ihren eigenen Vorschlag eines Volksentscheides über den Achtstundentag fallen lassen, ist geeignet, den breitesten Massen die Augen zu öffnen. Jeder Arbeiter, der seine 50 Pfennig bezahlt und daran geglaubt hat, daß die sozialdemokratischen Führer mit dem Volksentscheid einen ernsthaften Kampf um den Achtstundentag eröffnen wollen, wird sich getäuscht fühlen, wenn wir es verstehen, den Arbeitern die Bedeutung dieser Politik der Sozialdemokratie klarzumachen. Die Arbeitermassen können sich selbst von dem Verrat überzeugen, wenn sie die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer jetzt überall vor die Frage stellen: „Wo bleibt der Volksentscheid über den Achtstundentag?“

Darüber hinaus müssen wir den breiten Arbeitermassen klar machen, daß die ganze reformistische Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer ein großer Betrug an den Arbeitern ist. Diese Politik würde voraussetzen, daß die deutschen Kapitalisten entweder gutmütige Geister sind, die in den Verhandlungen mit den Gewerkschaftsführern allmählich wieder den Achtstundentag bewilligen, oder dumme Tölpel, welche auf die starken Worte und die Manöver der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer hineinfallen. Wir müssen den Arbeitern wieder zum Bewußtsein bringen, daß die Kapitalisten im Gegenteil mit allen Mitteln das Erreichte verteidigen und eine gesteigerte Ausbeutung der wertaktiven Massen zu erreichen versuchen. Wir müssen den Arbeitern klar machen, daß das heute noch mehr der Fall ist als vor dem Kriege, weil die Lasten des Dawes-Planes von der Bourgeoisie auf den Knochen der wertaktiven Massen durch gesteigerte Ausbeutung (niedrige Löhne, lange Arbeitszeit, hohe Steuern) herausgepreßt werden.

Es gilt also erstens, die Täuschungsmanöver der sozialdemokratischen Führer vor den Massen zu entlarven, und zwar zur Zeit hauptsächlich an Hand des Spieles mit dem Volksentscheid. Zweitens gilt es, den Massen zu zeigen, daß alle Hoffnungen auf eine rückweise, reformistische Rückeroberung des Achtstundentages nur zu Enttäuschungen führen muß, und daß nur ein breiter Massenkampf, durch den die Bourgeoisie ihre Existenz und die kapitalistische Gesellschaftsordnung bedroht sieht, der Weg zur Rückeroberung des Achtstundentages ist.

Die Note Gewerkschafts-Internationale Nr. 2/3. (Führer-Verlag, Berlin N.W. 6, Charitéstraße 7, Organisationspreis der Doppelnummer 1,50 M.) Die vorliegende, über 100 Seiten umfassende Nummer bringt reichliches Material über die internationale Gewerkschaftsbewegung. Besonders erläutert im Leitartikel die Sabotage der Herstellung der internationalen Einheit der Gewerkschaftsbewegung durch die Amsterdamer. Eine Ergänzung dieses Artikels bildet der Aufsatz des Genossen Hedert: „Warum sind die rechten Amsterdamer gegen die Einheit?“ Die Politik und Wirtschaft der Schwerindustrie werden in interessanter Weise von Walfow geschildert. Au schreibt über die Evolution des revolutionären Syndikalismus in Frankreich. Mit diesem Artikel zu den Betriebsrätewahlen in Deutschland schließt der allgemeine Teil. Ueber Stand, Entwicklung, Ereignisse usw. in der internationalen Arbeiterbewegung liegen eingehende Berichte vor. Kein Gewerkschafts-funktionär, der es mit seinen Ansprüchen ernst nimmt, sollte veräumen, diese Nummer der I.G.Z. zu dem verhältnismäßig niedrigen Preis zu besorgen.

## Einheitliche Eisenbahnergewerkschaft.

Das ist die Lehre, die aus dem letzten mit einer Niederlage beendeten Eisenbahnerkampf gezogen werden muß. Wer eine neue Niederlage der Eisenbahner verhindern will, der muß mit allen Mitteln unter Aufbietung aller Kräfte um die gewerkschaftliche Einheit der Eisenbahner kämpfen, wer das nicht tut, wer der Schaffung einer einheitlichen Eisenbahnergewerkschaft Steine in den Weg wälzt, der macht sich schuldig der Vorbereitung einer neuen Niederlage der Eisenbahner.

Keine Arbeitergruppe steht so unmittelbar unter den Auswirkungen des Dawes-Planes, keine andere Gruppe der deutschen Arbeiterschaft ist so das Objekt der Dawes-Politik wie die Eisenbahner. Die deutsche Reichsbahn soll Tribute und hohe Beiträge für den Dawes-Plan leisten. Aber neben dem ausländischen Finanzkapital, neben General Dawes, in Reich und Glied mit ihm steht die deutsche Bourgeoisie mit ihren Interessen. Die Ansprüche der deutschen Bourgeoisie lauten: "Niedrige Frachten"; denn von den billigen Eisenbahntarifen hängt heute in wesentlichen die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt und damit eine wichtige Voraussetzung für die Erfüllung des Dawes-Planes ab. Woher sollen die Tribute an das Dawes-Kapital und woher die billigen Eisenbahntarife kommen? Die Bourgeoisie hat nur eine Möglichkeit, die Ausbeutung der Eisenbahner zu steigern, d. h. die Löhne niedrig zu halten, die Arbeitszeit nach wie vor auf 10, 12 Stunden und darüber hinaus durch die Aufrechterhaltung der Dienstvorschriften eine Arbeitszeit bis zu 16 Stunden zu belassen. Hinter der deutschen Bourgeoisie steht das Dawes-Kapital, steht der Kommissar der Entente für das Eisenbahnwesen. Schafft die Reichsbahn nicht die im Dawes-Plan vorgesehenen jährlichen Zahlungen, dann droht die bitatorische Erhöhung der Eisenbahntarife durch den Eisenbahnkommissar des Dawes-Kapitals. Unerbittlich mit aller Brutalität schwingt deshalb die deutsche Bourgeoisie die Sklavenpeitsche über die Eisenbahner.

Durch die Beherrschung der Reichsbahn durch das deutsche Privatkapital im Verwaltungsrat der Reichsbahn wird die Reichsbahn gleichzeitig zu einem wichtigen Instrument der gesamten Bourgeoisie für ihrer Lohnpolitik gegen die deutsche Arbeiterklasse. Das mehrere Hunderttausende ausmachende Heer der Eisenbahnarbeiter und -beamteten spielt für das deutsche Kapital eine wichtige Rolle in der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für die gesamte deutsche Arbeiterschaft. Niedrige Löhne der Eisenbahner und lange Arbeitszeit drücken auf Löhne und Arbeitszeit der übrigen Industrie, und die Niedrighaltung der Eisenbahnerlöhne ist für die Kapitalistenklasse in Deutschland das Mittel zur Niedrighaltung der Löhne der Arbeiterschaft überhaupt.

Die deutschen Eisenbahner stehen also unter einem doppelten und dreifachen Druck des Dawes-Kapitals und den besonderen Interessen der deutschen Bourgeoisie. Und daraus ergibt sich, daß jeder Kampf der Eisenbahner auf den Widerstand sämtlicher Unternehmergruppen in Deutschland stoßen muß. Im Verwaltungsrat der Reichsbahn-A.-G. sitzen die Schwerindustrie, das elektrische Großkapital, die Großbanken, das Schiffsahrtskapital, das Agrarkapital usw. Es ist klar, daß diesem Gegner gegenüber, der den Interessenvertreter der Gesamtbourgeoisie darstellt, die Interessenvertretung der Eisenbahner nur dann erfolgreich sein kann, wenn die Eisenbahner aller Richtungen ebenso einheitlich und fest zusammengeschlossen sind. Einheitliche Führung ihrer Kämpfe und einheitliche Organisation allein werden imstande sein, den Forderungen der Eisenbahner den gehörigen Nachdruck zu verleihen.

Zur Gefolgschaft des Dawes-Kapitals gehört auch die Bürokratie der vertragschließenden Eisenbahnerverbände. Die Grundlage der Gewerkschaftspolitik der Reformisten ist die Erfüllung des Dawes-Planes, sie bestimmt ihre Lohn- und Arbeitszeitpolitik. Praktisch steht die Bürokratie der Eisenbahnerverbände also auf einer Linie mit der Reichsbahndirektion. Daraus ergibt sich ihre Haltung im verflochtenen Eisenbahnerkampf. Ihre Politik war eingestellt in jeder einzelnen Phase des Kampfes auf die Verbindung eines breiten geschlossenen Eisenbahnerkampfes, vor dem die Reichsbahndirektion und die Luther-Regierung hätten zurückweichen und die Forderungen der Eisenbahner auf Achtstundentag, 25 Prozent Lohnerhöhung usw. erfüllen müssen, wodurch der Dawes-Plan-Erfüllung ein schwerer Schlag versetzt worden wäre. Die Gewerkschaftsbürokratie hat in diesem Kampf nach dem bewährten Ebert-Rezept gehandelt, sich an die Spitze des Kampfes gestellt, um Schlimmeres zu verhindern.

Der Eisenbahnerkampf, so schwächlich er durch die reformistische Sabotage in Erscheinung trat, hat der Bourgeoisie schwere Sorgen gemacht. Luther-Regierung und Reichsbahnverwaltung haben darum gemeinsam mit der Gewerkschaftsbürokratie Vor-

sorge getroffen, daß eine Wiederholung auch solch schwacher Teilkämpfe unmöglich wird. Die Reichsbahnverwaltung hatte bisher abgelehnt, vor dem Reichsarbeitsministerium zu verhandeln und sich seinen Schiedssprüchen zu unterwerfen. Infolgedessen war auch für die Schlichtungsstellen ein verbindlicher Schiedsspruch nicht gefällt worden. Das war so lange nicht notwendig, wie die Eisenbahner keinen offenen Kampf wagten. Jetzt aber hat der Kampf der Eisenbahner die Herrschaften eines besseren belehrt, sie verhandeln wieder vor dem staatlichen Schlichter, in diesem Fall dem Reichsarbeitsministerium. Gestützt auf die Schlichtungsordnung und auf die brüderliche Unterstützung des Reichsarbeitsministeriums soll jetzt durch gesetzliche verbindliche Schiedssprüche das Streikrecht der Eisenbahner aufgehoben werden; denn ehe es zu einem Kampf kommt, ist in Zukunft schon der Reichsarbeitsminister mit seinem Schiedsspruch und dessen Verbindlichkeitsklärung eingegrungen. Der Schiedsspruch ist dann Recht und Gesetz. Der Gewerkschaftsbürokratie ist Recht und Gesetz heilig, sie führt keinen Kampf dagegen, auch wenn die Eisenbahner damit immer mehr verelenden.

Die Scheffel und Genossen feiern diese Tatsache als einen "grundtätigen Erfolg". Ohne Zweifel, für sie ist solch eine Regelung ein Erfolg, denn ein verbindlicher Schiedsspruch ist ihnen eine billige Hilfe bei der Verhinderung eines breiten Kampfes. Sie haben damit die Möglichkeit, die Verantwortung für die elende Lage der Eisenbahner auf die Schiedssprüche des Reichsarbeitsministeriums abzuwälzen, ihre Rolle dabei geschickt zu verschleiern.

Welche Aufgaben hat in dieser Situation die Opposition? Sie muß alles daran setzen, um die organisatorische Zersplitterung der Eisenbahner zu beseitigen, die Massen der Eisenbahner zusammenzuführen, um gegenüber der breiten Unternehmerfront den weiteren drohenden Angriffen auf ihre Existenz und ihre Rechte einen einheitlichen Block aller Eisenbahner, eine einzige Eisenbahnerorganisation durch Verschmelzung der bestehenden zu schaffen. Dadurch werden auch die Reserven der Opposition zusammengeführt, ihrem Kampf gegen die reformistische Führung Erfolgsmöglichkeiten geschaffen. Das Herrschaftsprinzip des Reformismus ist auch hier: "Leile und herrsche". Nur durch die organisatorische Zersplitterung ist es den Scheffel und Genossen immer noch möglich, die Eisenbahner im Interesse des Kapitals zu beherrschen, sie von einheitlichen Kämpfen abzuhalten, indem sie einen Teil der Eisenbahner gegen den anderen auspielen.

Die Eisenbahner haben die Notwendigkeit der Einheit durch den Kampf selbst begriffen. Fast fanden sich die Eisenbahner aller Richtungen zur gemeinsamen Aktion zusammen. In den verschiedensten Orten wurden gemeinsame Aufrufe der Eisenbahnerorganisationen unter Einbeziehung des Freien Eisenbahnerverbandes erlassen. In Berlin wurde aus einer Streifenversammlung heraus ein Einheitskomitee aus je zwei Vertretern des DGB, FGB, AFB gebildet, das die Aufgabe hat, die gewerkschaftliche Einheit von unten auf im Betrieb vorzubereiten. Der Kampf um die Existenz hat die Eisenbahner auf den richtigen Weg gewiesen. Die revolutionären Gewerkschafter haben in dieser Situation die Aufgabe, diese wichtigen Ansätze zur Einheit der Eisenbahnergewerkschaften zu entwickeln, wie in Berlin, so in allen Orten Einheitskomitees zu bilden, die Einheitsbewegung zu verbreitern und zu vertiefen und die Entwicklung zu einer einheitlichen Eisenbahnergewerkschaft zu beschleunigen. Das ist die Aufgabe aller revolutionären Gewerkschafter, gleichgültig, ob sie im DGB organisiert sind oder zur ausgeschlossenen Opposition, dem Freien Eisenbahnerverband gehören.

Der Hauptvorstand der Freien Eisenbahner jedoch vertritt jetzt nach dem Kampf eine Auffassung, die auf eine weitere Zersplitterung der Eisenbahner hinausläuft. Er fordert seine Mitglieder auf, mit aller Kraft für die Stärkung des Freien Eisenbahnerverbandes zu arbeiten, alle Eisenbahner im FGB zu sammeln. Das heißt also: Heraus aus dem DGB, statt Einheit weitere Zersplitterung. Anstatt die im letzten Kampf gescheiterte Bewegung für die gewerkschaftliche Einheit der Eisenbahner zu fördern, stemmt er sich dem Willen der Eisenbahner, der revolutionären Entwicklung entgegen. Die Folge solcher Taktik bedeutet, daß die Spaltung größer wird, daß in noch mehr Orten die Zersplitterung der Eisenbahner vertieft wird. Nicht Sammlung der Kräfte der Eisenbahner, sondern ihre Zerschneidung bedeutet die Haltung des Hauptvorstandes des FGB. Das Ergebnis der Politik des Hauptvorstandes des FGB ist damit praktisch dasselbe, wie das Ergebnis der Politik der Reformisten, nämlich Verhinderung des einheitlichen Kampfes der Eisenbahner. Die Politik des Hauptvorstandes des FGB bedeutet tatsächlich die Organisation der nächsten

Niederlage der Eisenbahner. Sie muß deshalb den schärfsten Widerstand der Eisenbahnarbeiter hervorrufen.

Umgekehrt muß der Freie Eisenbahnerverband im Kampf um die Einheit führend sein. Vor allem gilt es jetzt, die Verschmelzung des F.E.B. in den D.E.B. zu beschleunigen. Alle revolutionären Kräfte müssen sobald als möglich zurück in den D.E.B. um dort von der breitesten Plattform aus den Kampf um die Einheit und gegen den Reformismus mit größerem Erfolg als es bisher möglich war, fortzusetzen. Und in der Linie dieser Politik arbeitend muß der F.E.B. zur Sammlung aller Eisenbahner im D.E.B. aufrufen. Seine Aufgabe ist es, die unorganisierten Eisenbahner als Mitkämpfer der Opposition in den D.E.B. zu führen. Wenn der F.E.B. in dieser Linie arbeitet, wird er den einzigen Erfolg, den der Eisenbahnerkampf gebracht hat, nämlich die gesteigerte Erkenntnis der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Einheit, in den Massen der Eisenbahnarbeiter wirklich auswerten und neue, weitere Erfolge vorbereiten.

Gewerkschaftliche Einheit, hinein in den D.E.B., das ist die Forderung des Tages und die Lehre des vergangenen Eisenbahnerkampfes.

### Die Erdrosselung der Betriebsräte.

(Schluß.)

II.

Sie wagten es aus diesem Grunde nicht einmal, die ge- zungen Rechte der Betriebsräte im Betriebsrätegesetz für die Verteidigung der Interessen der Arbeiter auszunutzen, um der kapitalistischen Wiederaufbau nicht zu füttern. Es ist darum we- er nichts als elende Demagogie und Heuchelei, wenn R. Nöpel in der Einleitung seines Artikels zum fünfjährigen B. -äum schreibt: "Eine behütete Kindheit war ihm bisher nicht beschieden." Jeder Klassenbewußte Betriebsrat weiß dies nur zu gut, er weiß aber ebenso gut und hat es oft am eigenen Leibe erfahren, daß in erster Linie die Schutz daran die falsche Politik der Arbeitsgemeinschaftler trägt, die es da- hin gebracht hat, daß die Kapitalisten die Macht wieder von neuem bekommen und daß offen monarchistische Vertreter die Regierung übernehmen konnten.

Zahllos sind die Opfer, die die Betriebsräte durch die Po- litik der Reformisten zu verzeichnen haben.

Die Betriebsräte stehen auf Vorposten. Sie sind den An- griffen des Kapitals am ersten ausgesetzt, wenn sie ehrlich ge- willt sind, die Interessen der Kollegen zu vertreten. Sie stehen nicht, wie nach der Meinung der Reformisten, in der Mitte, zwischen Unternehmer und Arbeiterchaft, indem sie die Krone der Arbeitsgemeinschaft sind, sondern sie sind die Interessenvertreter der Arbeiter in den Betrieben. Jede Hand- lung der Betriebsräte im Kampfe für die rücksichtslose Durch- setzung der Interessen der Arbeiter ist darum nach der Mei- nung der Reformisten ein Abweichen von der klaren, fühlbaren und ruhigen Ueberzeugung, ist politische Phrasen. Sachliche Ar- beit ist nach Meinung von Nöpel Arbeitsgemeinschaft, Burg- friedens, Kulden, Verrat an den Interessen der Arbeiter, Ver- folgung der Geschäfte der Kapitalisten.

Ein Hohn für die revolutionären Betriebsräte ist es, wenn er schreibt: "Nimmer sich beugen! ist ihre wie unsere Parole, wir bezagen nicht." Nicht sich Beugen, sondern auf dem Bauche vor den Kapitalisten rutschen, vor den Helzen des Ka- pitals, das ist die Politik der reformistischen Gewerkschafts- führer, die der deutschen Arbeiterklasse ungeheure Opfer- kosten hat. Die Betriebsräte denken nicht daran, diese Parol: auch für sich anzuwenden, sie denken vielmehr daran, mit diesen Arbeitsgemeinschaftlern und Abtrünnigen aus dem Lager der Arbeiter aufzuräumen.

Um seine Schäflein der arbeitsgemeinschaftlichen Politik vor dem Unwillen der Belegschaften zu schützen, bricht er für sie eine Banze. Er empfiehlt den Belegschaften, sie sollen doch nicht so auf Kleinigkeiten achten, den Betriebsrat kleinlich über- wachen und allen Handlungen mit Mißtrauen begegnen. "Das Amt eines Betriebsrates bringt es mit sich, daß heikle Situationen entfallen können und auf Einladung des Di- rektors der Betriebsrat das Auto mitbenutzt." Die Arbeiter haben oft die Folgen dieser Politik am eigenen Leibe zu spüren bekommen. Gewiß ist die Autofahrt nicht das Schlimmste. Aber tritt ein solcher Fall ein, so liegt es gerade im Interesse des Betriebsrates, und er sollte sich besonders freuen, wenn seine Kollegen über ihn wachen, um jeden falschen Verdacht von vornherein zu verhindern. Ein guter Betriebsrat besitzt jedenfalls auch das Vertrauen der Beleg- schaft. Wird der Betriebsrat von den Kollegen aber mit Miß- trauen beobachtet, so hat er es jedenfalls auf Grund seiner Politik nicht anders verdient. Schon zu oft ist aus einem Paulus ein Saulus geworden.

Nährend ist bei Nöpel der Ausdruck, auf menschlicher Basis mit den Unternehmern umzugehen. Wenn es sich um die verhasste Opposition handelt, dann gibt es eine solche menschliche Basis nicht. Doch etwas anderes ist es, wenn der Kampf mit dem kapitalistischen Gegner, mit dem Erzfeind ge- führt wird. Wo bleibt aber die menschliche Basis bei den Ka- pitalisten gegenüber der Arbeiterklasse? Dortmund, Herne, Oppau und Reinsdorf sind doch deutlich genug für die Ar- beiterchaft.

Wenn aber die Kommunisten und mit ihnen die Oppo- sition zur Betriebsrätewahl die Parole herausgegeben haben: Betriebsrätewahlen sind wichtiger als Reichstagswahlen, so bezwegen, weil wir die Betriebsräte nicht als Organe zur Steigerung des Profites der Kapitalisten ansehen, sondern weil sie im Betrieb als natürlicher Mittelpunkt der Belegschaft in der Lage sind, besser als jeder andere die Arbeiter zum Kampf zu sammeln. Weil hier im Betrieb die Arbeiterchaft ihrem Gegner, dem Kapitalisten, Auge in Auge gegenüber steht und hier der ausschlaggebende Kampf mit dem Gegner geführt wird. Die Betriebsräte werden auch in der Zukunft in den Kämpfen um Lohn und Brot, um Arbeitszeit große Aufgaben zu erfüllen haben. Je mehr revolutionäre Betriebs- räte darum vorhanden sind, desto größer wird die Schlagkraft der Arbeiterklasse zur Durchsetzung ihrer Forderungen sein. Darum sind die Betriebsrätewahlen wichtiger als die Reichs- tagswahlen.

Auch nach Nöpel ist der Sinn des Betriebsrätegesetzes der Wille zur Mitbestimmung, trotz Arbeitsgemeinschaft. Aber, meint er, in der kapitalistischen Wirtschaft bestimmt nur der Unternehmer. Darum ist hier Mitbestimmungsrecht gleich- bedeutend mit Wiederaufbau des Kapitalismus. Wiederauf- bau des Kapitals bedeutet Sicherung und Vergrößerung des Profites. Wer für Arbeitsgemeinschaft ist, ist für Hebung des Profites. Es ist nicht ernst zu nehmen, wenn er schreibt:

"Auf die demagogische Umdeutung des Wortlautes des Paragraph 66 des Betriebsrätegesetzes durch die Unternehmer gehen wir daher nicht weiter ein. Die Arbeiter lehnen es ab, den kapitalistischen Profit zu heben."

Schreibt doch derselbe Nöpel im "Gewerkschafts-Archiv", Jahrgang 1, Heft 2, zur Betriebsrätefrage:

"Die wirtschaftliche Aufgabe der Betriebsräte besteht in der Hebung der Produktion, der Bilanzleistung, der Mitwir- lung im Aufsichtsrat." - Hebung der Produktion bedeutet im Kapitalismus Vergrößerung des Profites. Oder glaubt Nöpel vielleicht, daß die Kapitalisten ihre Produktion heben, um we- niger Profit zu erlangen? Aber noch klarer tritt sein Kollege Fritz Schullz auf der Betriebsrätekonferenz der Fernarbeiter für die Hebung des Profites ein. Er sagt dort:

"Gerade mit Bezug auf Paragrah 66 Ziffer 1 und 2 muß leider den meisten Betriebsräten der Vorwurf gemacht werden, daß sie ihr: Aufgabe nicht richtig erfasst haben."

Erläuternd schreibt er dazu:

"In dem Ortsgruppenbezirk Oppach hat ein Großbetrieb eine Fleischerabteilung mit den modernsten technischen Ein- richtungen ausgestattet. Der Erfolg ist, daß vier Arbeiter wöchentlich 30 000 Pfund Garn fleischen. In einem Wi- chereibetrieb des gleichen Bezirks müssen dagegen 30 Ar- beiter die ganze Woche arbeiten, um annähernd das gleiche Quantum gebleichtes Garn fertigzustellen. Dieses eine Beispiel zeigt aber auch, welches große Arbeitsgebiet den Betriebsräten offen steht. Paragraph 66 Ziffer 1 Betriebs- rätegesetz stellt den Betriebsrat vor die Aufgabe, in den Be- trieben mit wirtschaftlichen Zwecken die Betriebsleitung durch Rat zu unterstützen, um dadurch mit ihr für einen möglichst hohen Stand und für möglichste Wirtschaftlichkeit der Betriebsleitung zu sorgen. Nach Ziffer 2 hat der Be- triebstat in Betrieben mit wirtschaftlichen Zwecken an der Einführung neuer Arbeitsmethoden fördernd mitzuarbeiten. Wir haben in den Merksblättern den Betriebsräten fort- während Anregungen gegeben, wie sie im Sinne dieser Be- stimmungen des Gesetzes arbeiten können."

Arbeitslose, Vergrößerung des Profites der Kapitalisten, Vergrößerung des Glanzes der Arbeiter - das ist nach der Meinung der Schulte die Aufgabe der Betriebsräte.

So haben die Reformisten das Betriebsrätegesetz für die Kapitalisten zur Anebelung und Erdrosselung der Betriebs- räte geschaffen. Die revolutionären Arbeiter bedanken sich, als Betriebsräte selbst für die Arbeitslosmachung ihrer Kol- legen einzutreten, sie werden vielmehr nach wie vor mit allen Kräften den Kampf für die Interessen der Arbeiter führen. Die Betriebsräte werden den Nöpel u Co die richtige Ant- wort geben. Sie haben sich bisher mutig geschlagen, so das sie heute noch der größte Dorn im Auge der Kapitalisten und Reformisten sind. Sie werden auch in Zukunft diesen Kampf mit all ihnen zu Gebote stehenden Kräften und mit Unter- stützung der revolutionären Arbeiter zu führen wissen.

